Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kodanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 56. **Halle, Donnerstag den 7. März 1918.** **2. Jahrgang.**

Die Polen und der Friede mit der Ukraine.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde gestern über die Polenpolitik debattiert. Der polnische Abg. Seyda lehnte dabei eine Beteiligung an der Debatte an sich ab, benutzte aber die Gelegenheit, um

gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk

zu protestieren. Er sagte:

Die Regierungen des Deutschen Reiches und von Oesterreich-Ungarn hätten versucht, die Bande des Herzens, des Glaubens und des Blutes zu zerreißen. Die Abtrennung des Cholmer Landes und Podlasie von Polen sei eine schwere Verletzung des dem Polen nicht nur seitens der Zentralmächte, sondern auch seitens Rußlands und der anderen kriegführenden Staaten zuerkannten Selbstbestimmungsrechtes und ein brutaler Schlag gegen den auch von den Mittelmächten anerkannten Grundsatz eines demokratischen Friedens ohne Annexionen. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk habe deshalb überall, wo ein polnisches Herz schlägt, Entrüstung ausgelöst. Die Vertreter der polnischen Nation teilten in Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion die Entrüstung des polnischen Volkes und legten feierlich gegen diese bereits vollzogenen und in Zukunft beabsichtigten Gewaltakte an der polnischen Nation Verwahrung ein. Sie würden den mit der ukrainischen Volksrepublik abgeschlossenen Friedensvertrag, auch wenn er in äußerlich gesetzlicher Form zustande kommt, niemals als recht anerkennen.

Ihm erwiderte der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, daß das Abgeordnetenhaus mit dieser Frage nichts zu tun habe, und fuhr dann fort:

Was Herr Seyda und seine Freunde über den Friedensschluß mit der Ukraine denken, könne die preußische Regierung ziemlich indifferent lassen. Er wüßte nicht, was die Polen getan hätten, um ihr Vaterland vom russischen Joch zu befreien. Sie verdanken es im wesentlichen den Mittelmächten. Leben und Existenz unseres Vaterlandes würden wir nicht nach polnischen Wünschen, sondern ausschließlich nach unseren eigenen Bedürfnissen ordnen.

Aus der Debatte über die Polenpolitik.

Abg. Dr. Wolff-Gorki (kons.):

Mit dröhnendem Hammer müssen wir an das Schlafgemach der Regierung schlagen (Heiterkeit), damit sie endlich in der Polenfrage aufwacht. Eine wirkliche Verständigung mit den Polen wird es niemals geben, denn die Wünsche der Polen auf politische und territoriale Selbständigkeit kann keine preußische Regierung erfüllen. Die Träume der Polen schweifen bis an die Saale, ja bis nach Westfalen. Mit der von der Regierung beabsichtigten Reform des Wahlgesetzes, die vielleicht 150 Sozialdemokraten, 100 Zentrumsleute und 50 Polen bringen kann, kann die Regierung ihre Ostmarkenpolitik nicht fortsetzen. Gegenüber den polnischen Ansprüchen muß auch einmal von deutscher Seite mit ganz groben Brummern geschossen werden. (Sehr gut! rechts.) Aber die Regierung scheint auf uns nicht hören zu wollen. (Einen Landrat in Posen, der objektiv die Stimmung der deutschen Kreise wiedergab, hat man bei den Ohren genommen und nach Hannover verschleppt. (Lebh. Hört, hört! rechts.) Also wer deutsch-nationale Interessen vertritt, wird auf die Proskriptionsliste gesetzt. (Hört, hört! rechts. — Abg. Ad. Hoffmann (U. Soz.): Hatte er nicht an Schiebungen teilgenommen?) Das ist ausgeschlossen. Die Regierung will nicht sehen, aber jetzt ist keine Zeit zu Konzessionen an die Polen. (Beif. rechts, Zischen b. d. Polen.)

Staatsminister Dr. Friedberg:

Bisher war der auch von den Konservativen ausgesprochene Zweck der Polenpolitik, die polnisch sprechenden Preußen möchten sich möglichst bald auch als Preußen fühlen. Der Vorredner hat jedes Entgegenkommen an die Polen für aussichtslos erklärt. Ist er etwa ein Einspänner in seiner Partei? (Lebh. Zurufe rechts: Nein!) Dann hat die konservative Partei ihre Haltung geändert, und da ist es um so merkwürdiger, wie dieselbe Partei der Regierung fortwährenden Wandel ihrer Anschauung vorwerfen kann. Die Regierung will ebenfalls die Stärkung des Deutschtums aufrecht erhalten, aber Ungleichheiten beseitigen, die nicht wirksam sind, aber von den Polen als ungerecht empfunden werden mußten, wir folgen also nur dem Gefühl der Gerechtigkeit. Gewiß wird unter einem veränderten Wahlrecht auch das Abgeordnetenhaus sich anders zusammensetzen. (Hört, hört! rechts.) Die Hammerschläge des Vorredners sind an mir zieurlich eindruckslos vorübergegangen. (Hört, hört! rechts.) Die Regierung schläft keineswegs, sie tut ihre Pflicht und hält Wacht im Osten, die ebenso wichtig ist wie die Wacht am Rhein. Wenn das Enteignungsgesetz ein Schwert von Pappe geworden ist, so sind gerade die von der Rechten beschlossenen Zusätze schuld. Jedenfalls scheint uns jetzt der richtige Zeitpunkt, dies aufreizend wirkende Schwert von Pappe aufzugeben. Eine polnische Nation in Preußen, von der der Abg. Seyda sprach, kenne ich nicht. Ich kenne nur preußische Abgeordnete. Wir sind keine Illusionspolitiker, wir wissen, daß es nur kleine Gruppen der Polen sind, die sich mit uns verständigen wollen.

Abg. Braun (Soz.):

Es handelt sich hier um einen politischen Kampfetat, und die Folge ist, daß der Gewinn für die Volkswirtschaft, der aus der Tätigkeit der Ansiedlungskommission entspringt, in keinem Verhältnis steht zu den aufgewandten großen Mitteln. Zur Begründung dieses mehr nationalpolitischen Charakters des Etats verweist man auf die Notwendigkeit, das Deutschtum in den Ostmarken zu schützen und zu stärken. Es berührt eigenartig, daß etwa 70 Mill. Deutsche sich derartiger Mittel bedienen müssen, um sich gegen etwa 3½ Mill. Polen zu schützen. Richtig ist allerdings, daß in einzelnen Bezirken die Polen in der Uebermacht sind und auch recht aggressiv gegen das deutsche Element auftreten. Aber hier liegt jedenfalls eine Wechselwirkung vor. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch in diesen Bezirken befinden sich die polnischen Teile in der Abwehr, da hinter den preußischen Elementen die ganze Macht des preußischen Staates steht und die Politik, die Preußen betreibt, läuft doch letzten Endes darauf hinaus, die polnisch sprechenden Elemente aus diesen Kreisen zu verdrängen. (Sehr richtig!) Eine solche Politik kann natürlich

niemals zur Verständigung und zur Milderung der Gegensätze führen.

Die Ansiedlungskommission hat mit ihren Bestrebungen nur einen ganz winzigen Erfolg erzielt, denn in dem letzten Jahrfünft hat sich die deutsche Bevölkerung in jenen Provinzen um 4,5 Proz., die polnische um 4,4 Proz. vermehrt. Dieser Gewinn steht in keinem Verhältnis zu den aufgewandten Millionen und der Unsumme von Verbitterung und Verärgerung, die diese Politik bei den Polen hervorgerufen hat. (Sehr wahr! b. d. Polen und Soz.) Bei einer Fortsetzung, der auf die Verdrängung der Polen gerichteten Politik ist eine Verständigung mit den Polen ausgeschlossen. Das hieße, mit dem preußischen Schlüssel den polnischen Herzenschrei aufschließen wollen.

Diese Politik muß restlos aufgegeben werden.

Vor dem Kriege war die Masse der polnischen Bevölkerung zweifellos zur Verständigung bereit. Bei Beginn des Krieges kam man zunächst der preußischen Regierung und Bevölkerung mit einem gewissen Vertrauen entgegen. Aber dies Vertrauen würde mit offenem Mißtrauen von deutscher Seite beantwortet, die Polen wurden lediglich mit Verprechungen abgespeist. Jetzt endlich will man ernst machen mit der Aufhebung des Enteignungsgesetzes, aber offenbar nur, weil man zur Erkenntnis gekommen ist, daß dies Gesetz ein Mißgriff war. Es hat sich in Wahrheit als Hilfsaktion für halbbankrotte polnische Großgrundbesitzer herausgestellt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In dieser Aufhebung kann also die polnische Bevölkerung kein Entgegenkommen erblicken, zumal der § 13 b des Ansiedlungsgesetzes aufrecht erhalten wird, mit dem man es dem polnischen Bauer unmöglich machen kann, sich auf eigenem Grund und Boden ein schützendes Dach zu bauen und zumal man es ablehnt, polnischen Ansiedlern die Wohltaten des Gesetzes betr. die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern im gleichen Maße zugute kommen zu lassen. Hat doch der Landwirtschaftsminister in einer Kommission des Herrenhauses erklärt, die Ansiedlungskommission werde wie bisher von deutschen Ansiedlern zu erheblich günstigeren Bedingungen als polnischen Kriegsbeschädigten Ansiedlungsmöglichkeit verschaffen. (Hört, hört!) Also die Männer,

die gemeinsam im Schützengraben gestanden haben,

sollen, wenn sie nach Hause kommen, wieder verschieden bewertet werden. (Hört, hört!).

Ein Mitglied des Herrenhauses, das lange in einem rein polnischen Kreise gelebt hat, hat in der Kommission bestätigt, daß die Polen bei der Mobilmachung und während des Krieges alle ihre Pflicht getan haben, er wisse nicht, wie er ihnen mit einer solchen Ausnahmebestimmung gegenübertreten könne. (Hört, hört!) Es ist ein Fehler der ganzen preußischen Polenpolitik, daß sie diese Imponderabilien nicht beachtet. Man will zwar gestatten, daß der Religionsunterricht in Zukunft in polnischer Sprache erteilt werde, aber wenn der Unterricht in Religion nur polnisch gut erteilt werden kann, trifft das natürlich für den gesamten Schulunterricht ebenso zu. Am besten wäre es, man lehrte die Polen auch deutsch sprechen und die Deutschen auch polnisch sprechen. Das würde zu ihrem wirtschaftlichen Fortkommen sehr viel beitragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch die Behandlung der

polnischen Saisonarbeiter als rechtlose Masse

trägt nicht zur Versöhnung der Polen bei. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf diese Weise stößt man die Polen von Preußen ab und erhöht die Anziehungskraft des neuerrichteten polnischen Staates. Man besorgt damit die Geschäfte der extremen Expansionspolitiker auf polnischer Seite und die Geschäfte der Entente, die, als die Polen noch für den Zarismus kämpften, an ein selbständiges Polen nicht gedacht hat und jetzt lediglich die Polen als Werkzeug gegen die Mittelmächte benutzen will. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn nicht eine aggressive Irredenta in den polnischen Landesteilen unausbleiblich sein soll, muß die preußische Polenpolitik von Grund auf geändert werden. Herr Wolff-Gorki meinte, mit allem Entgegenkommen werde man die Polen mit dem preußischen Regime nicht aussöhnen. Allerdings, mit diesem preußischen Regime nicht. Daß man die bisherige Nadelstichpolitik fortsetzen will, beweist auch die Absicht, das

Proportionalwahlrecht in den polnisch sprechenden Provinzen

einzuführen, eine Maßnahme, die sich naturgemäß gegen die Polen richtet. Entweder man führt einen extrem scharfen Kampf gegen das Polentum, was ich für sehr verderblich halten würde, oder man treibt tatsächliche Versöhnungspolitik, darf aber dann nicht bei Halbheiten und Versprechungen stehen bleiben. Der unheilvolle Einfluß des Hakatismus muß gebrochen werden. Alle Ausnahmegesetze und Verwaltungsmaßregeln gegen die Polen muß man restlos aufheben. Räume man den Polen gleiche Rechte und gleiche wirtschaftliche und politische Betätigung ein.

Nur so kann man ihr Vertrauen gewinnen.

(Beifall b. d. Polen und Soz.).

Die Denkschrift der Ansiedlungskommission wird gegen die Stimmen der Polen, des Zentrums und der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten für erledigt erklärt. Der Etat wird angenommen.

Wodurch die Sittlichkeit der Arbeiterinnen gefährdet wird.

Von Gertrud Hanna.

Ein Unternehmer des Papiermachergewerbes hat das Mittel entdeckt, durch das die Sittlichkeit der Arbeiterinnen gehoben werden kann. Es ist dies: **Verlängerung der Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich.**

Bekanntlich hat der Reichskanzler, veranlaßt durch die überhandnehmende Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte über das gesetzlich zulässige Maß hinaus, schon im Februar des vorigen Jahres ein Rundschreiben an die nachgeordneten Behörden ergehen lassen, nach dem auf die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen in Nachtschichten allgemein hingewirkt und die Genehmigung zur Nachtarbeit in der Regel nur unter der Bedingung der Einführung des achtstündigen Schichtwechsels erteilt werden soll. In einem Rundschreiben vom 11. August 1917 stellte der Reichskanzler fest, daß trotz aller Mahnungen in der Bewilligung von Ausnahmen auf Grund des Notgesetzes vom 4. August so weit gegangen worden ist, daß von dem bestehenden Arbeiterinnenschutz so gut wie nichts mehr vorhanden ist. Den zuständigen Behörden wird noch einmal sorgfältige Prüfung der Verhältnisse bei Bewilligung von Ausnahmen empfohlen. Diese Empfehlung wird wiederholt in einem Rundschreiben vom 9. Januar d. J.

Diese wiederholten Rundschreiben legen Zeugnis davon ab, daß auf Grund des der Regierung vorliegenden Materials eine Einschränkung der langen Arbeitszeit der Arbeiterinnen, vor allen Dingen der Nachtarbeit, dringend notwendig ist. Umsomehr muß es Erstaunen erregen, daß ein Unternehmer einer Verlängerung des Arbeitstages für Arbeiterinnen das Wort reden kann, und zwar mit einer Begründung, die vorsintflutlich anmutet.

Unter der Ueberschrift „Frauenarbeit in Papierfabriken" schreibt ein R. E. gezeichneter Unternehmer im Wochenblatt für Papierfabrikation u. a. folgendes:

Die meisten Papierfabriken liegen in Berücksichtigung der Wasserkräfte wie auch namentlich des Fabrikonswasers mehr oder minder weit abseits von Städten und größeren Ortschaften, so daß die Arbeiter gezwungen sind, größere Wegstrecken bis zu ihrer Arbeitsstätte zurückzulegen. Die weiblichen Arbeitskräfte müssen nun, da sie nur mehr acht Stunden beschäftigt werden dürfen, mitten in der Nacht die Wegstrecken zu und von der Fabrik zurücklegen oder vielmehr mit primitiver Schlafgelegenheit sich zufrieden geben. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse sollte doch von allen Seiten an die königliche Regierung herangetreten werden, daß durch die Erlaubnisserteilung zur zwölf- bzw. zehnstündigen Arbeitszeit diesen Zuständen vorgebeugt wird. Denn es dürfte ohne Zweifel sowohl gesundheitlich als auch sittlich mit Gefahren verbunden sein, wenn mitten in der Nacht die weiblichen Arbeiterinnen oft stundenlang wandern müssen, selbst wenn sie gemeinschaftlich einen Teil des Weges zurücklegen, was aber auch nicht immer zu ermöglichen ist.

Weiter wird in dem Artikel gesagt, daß die Beschaffung geeigneter Unterkunftsgelegenheiten für Arbeiterinnen nicht immer möglich ist, von den Familienangehörigen auch nicht gewünscht wird, weil diese sich häufig eigene Häuschen mit Garten angeschafft haben und erwarten, daß ihnen die Töchter nach Feierabend in der Haus-, Garten- und Viehwirtschaft helfend zur Hand gehen. Daß Arbeiterinnen nach einer zehn- oder zwölfstündigen Arbeitszeit und nach stundenweiten Wegen von und zur Arbeitsstätte im Haushalt noch irgendwelche Hilfe leisten können, erscheint derart ausgeschlossen, daß diese Begründung der Forderung auf Einführung der langen Arbeitszeit sich als Heuchelei entpuppt. Aehnlich liegt es mit dem Hinweis auf die Zurücklegung der Wegstrecken in der Dunkelheit bei achtstündiger Arbeitszeit. Während eines großen Teils des Jahres mußten die Arbeiterinnen ja auch im dunkeln ihren Weg gehen, wenn sie zwölf Stunden am Tage oder des Nachts gearbeitet haben. Die Gründe, die der Verfechter eines Zehn- oder Zwölfstundentages für Arbeiterinnen anführt, sind also ganz fadenscheinig und weichen in nichts von den Bedenken ab, die stets von Unternehmern erhoben worden sind, wenn der Verkürzung des Arbeitstages für Arbeiter und Arbeiterinnen das Wort geredet wurde. Solange Leben und Wohlergehen der Arbeiterschaft den übrigen Gesellschaftsgruppen und der Regierung völlig gleichgültig war und niemand sich darum kümmerte, was aus ihr wurde, war solche Ansicht noch zu verstehen. Heute aber, wo längst feststeht, daß die Verkürzung des Arbeitstages die auf Erwerbsarbeit angewiesene Bevölkerung kulturell und sittlich gehoben hat, muß dem Verfechter einer langen Arbeitszeit aus sittlichen Motiven wohl der gute Glauben an seine Argumente abgesprochen werden. Nicht die Sorge um die Gefahr für die Sittlichkeit der Arbeiterinnen, sondern Profitinteresse der Unternehmer ist der Beweggrund für eine Forderung, wie sie in der Nr. 45 des Wochenblattes für Papierfabrikation erhoben worden ist. Sie mutet um so eigenartiger an, als selbst die Regierung sich wiederholt gegen Ausdehnung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen gewendet hat, sicher nicht wegen der schönen Augen der Arbeiterinnen, sondern auf Grund des ihr vorliegenden Materials über die gesundheitsschädigenden Wirkungen langer Arbeitszeit.

Den Arbeiterinnen sollte die Forderung und ihre Begründung den Beweis liefern, daß es schlecht um sie und um ihr Wohlergehen bestellt wäre, wenn sie sich auf das Wohlwollen oder die Einsicht der Unternehmer verlassen würden. Sie sollten beitreten sein, durch den Anschluß an ihre Berufsorganisation sich einen Schutz zu schaffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180307-18/fragment/page=0001

Das Reichswirtschaftsamt im Haushaltausschuß des Reichstages.

Der Ausschuß verhandelte am Dienstag über den Etat des Reichswirtschaftsamtes. Das Amt erfordert einen ganz besonders großen Stab von Beamten, neben dem Staatssekretär zwei Unterstaatssekretäre, 4 Direktoren, 25 Vortragende Räte, 8 ständige Hilfsarbeiter, 56 expedierende Sekretäre, 29 Kanzleisekretäre usw. Der Referent Abg. Hoch setzte auseinander, daß dieses große Personal durchaus notwendig sei. Der Aufgabenkreis des neuen Reichswirtschaftsamtes ist ein ganz eminenter. Der Redner brachte bei der Gelegenheit zur Sprache, daß es unverständlich sei, daß man das Wohnungswesen in ein städtisches und ein ländliches geteilt und das eine dem Reichswirtschaftsamt und das andere dem Reichsamt des Innern unterstellt habe.

Staatssekretär v. Stein begründet dann die Mehrforderungen für sein Ressort. Ob die zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichswirtschaftsamt getroffene Teilung praktisch ist, muß erst die Erfahrung ergeben. Die Frage der ländlichen Siedlung müßte man dem Reichsamt des Innern überlassen, weil auch politische Fragen in Betracht kämen.

Abg. Erzberger bemängelte die Gruppeneinteilung in der sozialpolitischen Abteilung. Damit löst man ein Amt, das geschlossen sein sollte, in seinen einzelnen Teilen wieder auf.

Staatssekretär v. Stein verteidigt diese Einteilung, die sich nicht anders habe treffen lassen. Man mußte insbesondere eine große Zahl Fachleute heranziehen, die auf Spezialgebieten bewandert sind. Daß die Leitung des Amts den Ueberblick verliere, sei durchaus nicht zu befürchten.

Abg. Dove befürchtet Reibungen, wenn die Wohnungsfrage zwei Aemtern untersteht. Was die Politik mit der Ansiedlung zu tun habe, sei nicht recht verständlich. Deshalb sollte man das gesamte Wohnungswesen in einem Amt vereinigen.

Abg. Graf Posadowsky tritt den Ausführungen des Staatssekretärs bei. Der Zolltarif z. B. enthalte 2500 Positionen, die nur beherrscht werden können, wenn Fachleute zur Verfügung stehen. Wenn die Vorarbeiten für das Wohnungs- und Siedelungswesen erledigt sind, was noch Jahre dauern kann, dann werde man erst klar sehen können, wie die einzelnen Arbeiter zu arbeiten in der Lage sind. Eine Unterscheidung zwischen ländlichen und städtischen Siedelungen sei außerordentlich schwer, weshalb es durchaus praktisch wäre, das ganze Gebiet in einem Ressort zu vereinigen. Diese Tätigkeit muß aber rein sachlich sein und darf politisch in keiner Weise beeinflußt werden. Es müßte ferner klargestellt werden, wie denn eigentlich die Stellung des Herrn Dr. Helfferich sei. Er untersteht keinem Reichsamt und hat offenbar auch keine Verantwortung zu tragen.

Staatssekretär v. Stein erklärt, daß er nicht gemeint habe, daß für die Siedelungsfrage politische Momente maßgebend sein sollen. Zu der Stellung des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich bemerkt er, daß dieser seinem Ressort nicht untersteht. Der Reichskanzler habe Dr. Helfferich beauftragt, die Vorbereitung für die wirtschaftlichen Fragen zu treffen, die mit dem Frieden mit Rußland und mit Rumänien zusammenhängen.

Abg. Schiele (Kons.) meint, daß es ohne Fachreferenten nicht gehe und zwar schon deswegen nicht, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse im Ausland richtig beurteilt werden müssen.

Abg. Stücklen stellt die Frage, ob es richtig sei, daß im Reichswirtschaftsamt Angestellte der Industrie als ehrenamtliche Vortragende Räte beschäftigt werden. Wer schlägt diese Herren vor und nach welchen Grundsätzen erfolgt die Auswahl? So habe man den Syndikus der Augsburger Handelskammer, Hofrat Büttner, als ehrenamtlichen vortragenden Rat in das Reichswirtschaftsamt berufen. Dieser Herr sei gleichzeitig Syndikus der Handelskammer in Augsburg, außerdem Geschäftsführer der Vereinigung der Baumwoll-Industriellen und zu alledem auch noch Vertrauensmann für die Textilindustrie im Kriegsministerium. Die Folge dieser Tätigkeit war, daß die oberfränkische Textilindustrie nahezu vollständig stillgelegt wurde im Gegensatz zu der schwäbischen Textilindustrie, der Herr Büttner sehr nahesteht und die zum größten Teil voll beschäftigt weiter arbeiten konnte.

Staatssekretär v. Stein erklärt, daß er diese ehrenamtlich tätigen Herren bei Schaffung des Reichswirtschaftsamts mit übernommen habe. Die Verantwortung über deren Tätigkeit habe er zu tragen. Bisher seien Beschwerden über diese Herren ihm noch nicht zu Ohren gekommen.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.) kritisiert die Gruppeneinteilung. Sachkundige Berater sind notwendig, dazu bedürfe es der Mitwirkung der Industrie. Die Fachausschüsse werden aber das Richtige nicht treffen, denn sie sind Vertreter von Interessenten, nicht aber der Industrie. Bezüglich der Stellung des Herrn Dr. Helfferich sei die staatsrechtliche Bedeutung des Erlasses des Reichskanzlers durchaus nicht klar.

Staatssekretär v. Stein: Herr Dr. Helfferich ist Gehilfe des Reichskanzlers und hat von diesem einen besonderen Auftrag erhalten, den er unter der Verantwortlichkeit des Kanzlers zu erfüllen hat.

Abg. Südekum: Wegen der Stellung des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich soll man dem Ausschuß die Instruktion vorlegen, die ihm der Reichskanzler erteilt habe. Was die ehrenamtlichen Beamten anlange, so bedarf das noch sehr der Klärung. Die angestellten Beamten üben eine verantwortliche Tätigkeit aus, bei den parallel gestellten Ehrenbeamten sei das nicht der Fall. Ueber den Hofrat Büttner sind bereits lebhafte Klagen aus Bayern gekommen. Jedenfalls sei die Bevorzugung der Textilindustrie in Augsburg außerordentlich auffallend gegenüber der Tatsache, daß die Textilbetriebe in Oberfranken stillgelegt seien, seitdem Büttner seine Tätigkeit angetreten habe. Diese ehrenamtlichen Beamten müßten streng darauf sehen, daß ihnen nicht der Vorwurf gemacht werden könne, nahestehende Kreise bevorzugt zu haben. Daß Vertreter der Industrie notwendig seien, sei unbestritten, aber auch Arbeiter müssen hinzugezogen werden. Wenn wir nun das Problem der Wiederbeschäftigung zahlloser Menschenmassen zu lösen haben, die aus dem Felde zurückkehren, so muß auch der Rat der Arbeiter eingeholt werden.

Staatssekretär v. Stein erklärt, er trage die Verantwortung für die Tätigkeit dieser ehrenamtlichen Beamten. Er wisse, daß die Verantwortung außerordentlich groß sei. Aufträge verteile das Reichswirtschaftsamt nicht, das sei Aufgabe des Kriegsamtes. Schiefe Auffassungen werden nicht immer zu vermeiden sein. Arbeitervertreter sollen zu den Fachausschüssen hinzugezogen werden; bei der Auswahl dieser Arbeitervertreter werden politische Gründe nicht maßgebend sein.

Abg. Stücklen erklärt, daß die Antwort des Staatssekretärs keineswegs befriedigend sei. Diese ehrenamtlichen Beamten arbeiten doch keineswegs etwa um Gotteslohn, sie werden ganz bestimmte Interessen bei ihrer Tätigkeit im Auge haben und darin liege die große Gefahr, daß Benachteiligungen bestimmter Kreise eintreten. Jedenfalls sei die Zurücksetzung der oberfränkischen Textilindustrie außerordentlich auffällig, und es werde nicht bestritten werden können, daß das im wesentlichen auf den Einfluß des Hofrats Büttner zurückzuführen sei. Daraus ergebe sich vor allen Dingen, daß man in der Auswahl dieser ehrenamtlichen Berater außerordentlich vorsichtig sein müsse und es sei ganz unverständlich, weshalb nicht auch die große oberfränkische Textilindustrie mitvertreten sei.

Staatssekretär v. Stein erklärt, daß ein Vorschlagsrecht für diese ehrenamtlichen Berater nicht bestehe; er habe diese Herren übernommen und wiederhole, daß er für ihre Tätigkeit die Verantwortung zu tragen habe.

Abg. Rießer dankt dem Staatssekretär für die von ihm getroffenen Neuerungen. Man habe es stets als Mangel empfunden, daß Vertreter der Industrie nicht herangezogen wurden. Wenn man einen Mann übernommen habe, dann könne man ihn erst dann entfernen, wenn ihm grobe Verstöße nachgewiesen werden.

Abg. Cohn-Nordhausen findet es bedauerlich, daß man das Wohnungswesen zwei Aemtern unterstellt hat. Mit dem Wohnungswesen in engem Zusammenhange steht die Frage der Rückwanderer. Politische Erwägungen dürfen bei der Frage der Ansiedlungen auf keinen Fall maßgebend sein. Er stelle weiter die Frage, wer die Kosten für das Amt trage, dem Helfferich vorstehe. Man könne sich nach den seitherigen Erfahrungen von der Tätigkeit Helfferichs nicht viel versprechen; es bestehe vielmehr die Gefahr, daß sich auf diese Weise eine Art Nebenregierung bildet, die in die einzelnen Ressorts hineinzureden bestrebt sein werde.

Staatssekretär v. Stein: Herr Helfferich hat kein Amt im eigentlichen Sinne und kann auf keinen Fall in die Aemter hineinreden. Er ist nur der persönliche Gehilfe des Reichskanzlers, bezieht kein Gehalt, die sachlichen Kosten seines Ressorts werden aus dem Dispositionsfonds des Kanzlers oder aus dem Kriegsfonds bestritten.

Abg. Stöcker: Man müsse bei der Auswahl der ehrenamtlichen Berater auch auf die Stimmung im Lande Rücksicht nehmen. Man sollte nicht sagen, Beschwerden seien nicht vorgebracht worden. Daß Beschwerden bestehen, sei durchaus nicht zu bezweifeln. Man könne immer nur ein Amt bekleiden, aber nicht, wie es heute vorgebracht worden sei, eine Fülle von Aemtern; denn dann käme man mit seinen Pflichten in sehr bedenkliche Kollisionen.

Abg. Graf Posadowsky: Helfferich ist sachverständiger Berater des Kanzlers, der auch die Verantwortung zu tragen hat. Er glaubt nicht, daß sich die Chefs der anderen Aemter von Dr. Helfferich hineinreden lassen. Die Sachverständigen werden immer Interessenten sein; der Referent muß wissen, wie weit er Wert auf die Gutachten der Sachverständigen zu legen hat. Erfreulich sei, daß nunmehr auch Arbeiter herangezogen werden sollen, unter denen sich zweifellos Leute von ganz hervorragender Sachkenntnis befinden.

Unterstaatssekretär v. Radowitz verliest den Briefwechsel des Kanzlers mit Herrn Dr. Helfferich, der eigentlich das bestätigt, was bisher von den Regierungsvertretern über seine Stellung gesagt wurde.

Abg. Jäckel (U. Soz.): Gegen die Sachverständigen wird sich immer eine Strömung geltend machen. Hätte man von Anfang an Arbeiter miteinbezogen, wäre manche Differenz vermieden worden. Statt dessen sitzen in den Ausschüssen nur Vertreter der Großindustrie, die das Bestreben haben, zunächst mal für sich selbst zu sorgen. In der Arbeiterschaft sind Leute, die diesen Bestrebungen ein Paroli bieten könnten. Man zog diese aber nicht zu. Solche Klagen kommen übrigens auch aus anderen Industrien. In der Textilindustrie sind nicht weniger als 15 000 Betriebe zum Stillstand gekommen. Um die Interessen der Arbeiter zu wahren, müssen diese in die Fachausschüsse.

Staatssekretär v. Stein: Mit Stillegungen hat das Reichswirtschaftsamt nichts zu tun. Arbeiter werden, wie er schon mitgeteilt habe, in die Fachausschüsse berufen werden. Diese Fachausschüsse sollen in der nächsten Zeit gewählt werden. Die Leute, die übernommen worden sind, werden nach Möglichkeit ausgetauscht, um auch andere Vertreter hinzuzuziehen.

Abg. Fischbeck erkundigt sich, wann die Kommission einberufen werden soll, die sich mit wirtschaftlichen Fragen der Demobilmachung befassen soll.

Staatssekretär v. Stein erklärt, es erscheine nicht zweckmäßig, eine einzelne Kommission mit all diesen Fragen zu befassen. Es bestehe die Absicht, eine Anzahl Spezialkommissionen zu berufen.

Das geforderte Personal für das Reichswirtschaftsamt wird bewilligt. Auf Anregung des Abg. Hoch werden in den Etat als Miete 160 000 M. mit eingesetzt.

Der Rest des Etats wurde ohne wesentliche weitere Debatte bewilligt. Bei dem Bericht über die Petitionen (am zur Sprache, daß ein eigenes Gebäude für das Reichswirtschaftsamt geschaffen werden muß. An diese Aufgabe soll nach Beendigung des Krieges herangegangen werden. Die Wünsche verschiedener Beamtenkategorien um Gehaltsaufbesserung werden zur Erwägung überwiesen. Einer Petition der Hilfsboten beim Reichsversicherungsamt gegenüber, die ebenfalls um Aufbesserung ihrer Bezüge bittet, gab die Regierung eine zusagende Erklärung ab. Eine weitere Petition, die Entschädigung an die Arbeiter für Feierschichten infolge Kohlen- oder Materialmangels fordert, wurde zur Erwägung überwiesen.

Der Ausschuß trat dann in die Beratung des Berichts des Unterausschusses ein über die Abgabe der Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis der Lieferungen an das Ausland. Diese Verhandlungen waren streng vertraulich.

Zur preußischen Polenpolitik.

Das preußische Herrenhaus wird sich in den nächsten Tagen mit dem Gesetzentwurf wegen Aenderung des Gesetzes betreffend die Förderung von Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen zu beschäftigen haben. Dieser Gesetzentwurf besteht aus einem einzigen Artikel, der die §§ 13—22 des Art. 1 des genannten Gesetzes aufheben will. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß das dem Staate verliehene Recht des § 13 des Gesetzes, in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschtums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Siedlungen mittels Ansiedlung möglich erscheine, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtfläche von nicht mehr als 70 000 Hektar nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben, bisher im Laufe von neun Jahren nur auf Grund einmaliger Entschließung der Regierung im Herbst 1912 ausgeübt worden sei. Mit Rücksicht hierauf erachte es die Regierung für unbedenklich, und im Hinblick auf die durch den Krieg und die Kundgebung der verbündeten Kaiser vom 5. November 1916 geschaffene politische Lage für begründet, auf die Anwendung des Enteignung in Zukunft zu verzichten und diese gesetzliche Vorschrift auch förmlich außer Kraft zu setzen.

Die Kommission des Herrenhauses hat den Gesetzentwurf nach lebhaften Erörterungen mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen. In der Kommission kam es, wie aus dem soeben erschienenen Bericht hervorgeht, zu heftigen Auseinandersetzungen über die Polenpolitik überhaupt. Die Vertreter der Regierung mußten sich gegen den Vorwurf wehren, daß der Entwurf eine Aenderung der allgemeinen Polenpolitik bedeute. Der Landwirtschaftsminister erklärte ausdrücklich, er bedeute lediglich die Aufhebung einer Bestimmung, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen nach Ansicht der Regierung nicht mehr vereinbar sei. Sachlich habe die Regierung schon vor dem Kriege erwogen, ob nicht die Bestimmungen, die schon damals nicht angewendet wurden, fortfallen könnten. Es sei selbstverständlich, daß, nachdem während des Krieges, wo die Polen Preußens für die Existenz des deutschen Reiches gekämpft und geblutet hätten, diese Vorschriften nicht angewendet werden könnten. Bei Beginn des Krieges hätte man es für richtig halten können, wenigstens die gesetzliche Möglichkeit zur Enteignung noch aufrechtzuerhalten, aber zwei Momente seien für die Regierung ausschlaggebend gewesen, einmal die über Erwarten lange Dauer des Krieges; dadurch seien die Momente, die bei Erlaß des Gesetzes maßgebend gewesen seien, derartig verschoben, daß eine Wiedervertnüpfung an die Verhältnisse, die zu dem Erlasse des Gesetzes geführt hätten, jetzt, nachdem es solange nicht in Wirksamkeit gewesen sei, nicht mehr angängig sei. Das zweite Moment sei die von den beiden Kaisern abgegebene Erklärung vom 5. Nov. 1916, die auch auf die innere Politik ihre Rückwirkung haben müßte. Die dadurch geschaffene politische Lage lasse es der Regierung untunlich erscheinen, das Enteignungsgesetz bestehen zu lassen. Nach wie vor werde sie indessen die Stärkung des Deutschtums in den gemischtsprachigen Landesteilen im Osten im Auge behalten und sie fürchte nicht, daß durch die Aufhebung der Enteignungsbestimmung das Deutschtum geschwächt werde.

Aehnlich äußerte sich der Minister des Innern. Auch er betonte ausdrücklich, die Vorlage bringe keine Abweichung von dem bisherigen Kurs der Polenpolitik, aber man könne doch unmöglich die Fäden unseres inneren Volkslebens dort wieder aufnehmen, wo sie am 4. August 1914 abgelaufen gewesen seien. Wir dürften den inneren Kampf nicht wieder von neuem aufnehmen; hätten wir das, dann hätten wir eine große Schlacht verloren. Im engster Linie käme es darauf an, Bestimmungen, welche direkte Ausnahmegesetze gegen die polnische Bevölkerung darstellten, zu beseitigen oder herabzumildern. Ein Ausnahmegesetz habe nun immer einmal das an sich, daß derjenige, gegen den es gerichtet sei, es als einen besonderen Stachel im eigenen Fleisch empfinde. Die Ausnahmegesetze, die gegen die Polen bestünden, gingen dahin, daß den Polen etwas verboten werde, was den Deutschen in den betreffenden Landesteilen erlaubt sei. Somit müsse in diesen Dingen, die das Empfinden der Polen besonders berührten, eine Aenderung eintreten. Die Regierung habe sich entschlossen, einen solchen Versuch zu machen.

Nachdem sich schließlich auch noch der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg ähnlich ausgesprochen und betont hatte, daß die Ansiedlungspolitik unter allen Umständen fortgesetzt werden solle, erfolgte dann die oben mitgeteilte Beschlußfassung.

Von den kommenden Dingen im Westen.

spricht Hermann Siegemann im Berner Bund. Er sagt:

Die Entwicklung schleicht, wenn man die ungeheure Spannung in Betracht zieht, mit der in diesen Tagen und Wochen jedermann den kommenden Dingen entgegenblickt. Sieht man aber von dieser psychologischen Zeitbewertung ab, so kommt man zu dem Ergebnis, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Und wenn in wenigen Wochen große Operationen beginnen und bis dahin keine Brücke der Verständigung zwischen den feindlichen Völkern geschlagen ist, wird man mit Schrecken inne werden, wie schnell sich diese Entwicklung vollzogen hat und wie enorm die militärischen Vorbereitungen waren, die sich in diesen Tagen vollziehen. Die gewaltigen Erkundungen und zahlreichen Störungsversuche im Westen nehmen inzwischen ihren Fortgang. Noch ist der Augenblick der erwarteten großen Offensive nicht gekommen, aber jeder Tag, der hinter uns versinkt, bringt uns näher und verkürzt die Frist, die sich zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens aus dem Zwischenraum ergibt, den wir trotz der scheinbar schleichenden Entwicklung allzu bald verstrichen sehen werden.

Herman Siegemann war immer ein kühler Beobachter des furchtbaren Kriegsgeschehens. Aber das Grauen vor dem bevorstehenden entsetzlichen Schlachten im Westen steht auch zwischen diesen Zeilen. Daß dieser Kelch an der Menschheit vorübergehe, ein Ziel wär's, aufs innigste zu wünschen!

Der Frieden im Osten.

Aus Petersburg wird gemeldet: Man kann als sicher annehmen, daß der große Sowjetkongreß in Moskau am 12. dieses Monats eine unbedingte Mehrheit für den Friedensschluß der bolschewistischen Regierung bringen wird. Man wird das Vorgehen der Deutschen verurteilen, sich aber mit der gegebenen Tatsache abfinden; denn die Sowjets wissen zu genau, daß die ganze Macht und Existenz der Sowjets, wie der bolschewistischen Regierung unmittelbar mit dem Friedensschluß verbunden ist. Die Petersburger Regierung sieht denn auch der Moskauer Tagung ohne Sorgen entgegen.

Nach einer Meldung aus Rom verschern vortige politische Kreise, die Entente werde die Blockade auf Rußland ausdehnen.

Wie Journal de Geneve berichtet, hat der Friedensschluß mit Rußland in Italien eine außerordentliche Wirkung hervorgerufen. Wenn die Friedensverträge, so sagt man, in Wirklichkeit bestehen bleiben, so ist Deutschland so maßlos vergrößert, daß es fortan allen andern Staaten die Sonne verfinstert. Journal de Geneve glaubt aber nicht, daß Deutschland die Frucht des östlichen Friedens genießen wird.

Petersburger Meldungen kündigen die Bildung einer Koalitionsregierung und Einberufung der Konstituante zur Ratifizierung des Friedensvertrages an. Die formelle Proklamation und Einrichtung der großrussischen Republik sowie die Wahl des diplinitiven Präsidenten dürfte bevor. Tschernow dürfte dabei eine große Rolle spielen. Auch wird die Frage entschieden werden, welche Persönlichkeiten als diplomatische Vertreter Rußlands in die Vierbundstaaten geschickt werden.

Wie das Wiener Fremdenblatt erfährt, ist die ukrainische Regierung bemüht, bis zum 15. April 30 000 Waggons Brotfrüchte, 1200 Waggons Zucker, 2000 Waggons Gefrierfleisch und 1000 Waggons Dörrfrüchte an die Mittelmächte zu liefern.

Moskau russische Hauptstadt?

Petersburg, 5. März. (Reutermeldung.) Die Abendblätter bestätigen den Beschluß der Regierung, trotz der Unterzeichnung des Friedens mit der Verlegung der Staatseinrichtungen nach Moskau, Nischninowgorod und Kasan fortzufahren. Heute wird mit der Verlegung der Kommissariate für auswärtige Angelegenheiten, für das Verkehrswesen und die Finanzen begonnen. Die Regierung wird bald eine Erklärung veröffentlichen, daß es notwendig sei, die Hauptstadt nach Moskau zu verlegen, „da es unmöglich sei, die Hauptstadt an der Grenze des Staates zu belassen, wenn Petersburg zu einem Freihafen erklärt sein werde".

Verständigung Finnlands mit Rußland?

Stockholm, 6. März. Laut der linkssozialistischen Zeitung Politiken wurde am 1. März im Smolny-Institut ein Vertrag unterzeichnet, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland ordnet. Rußland tritt alles unbewegliche Eigentum ab wie Gebäude, Fabriken, Telegraphen, Eisenbahnen, beschlagnahmte Schiffe und Festungen sowie die Gebiete am Eismeer. Finnland tritt die Eisenbahn von Valkeassari bis Petersburg ab, sowie die Telegraphenkabel nach Rußland. Die Festung Ino wird russisch. Rußland verleiht den finnischen Arbeitern alle Rechte, und Finnland verschafft den Russen Erleichterungen. Außerdem zieht Rußland sofort seine Truppen aus Finnland zurück. Das Telegramm ist unterzeichnet von der Abteilung des finnischen Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten. — Es handelt sich offenbar um einen Vertrag zwischen der russischen und der finnisch-sozialistischen Nebenregierung in Helsingfors.

Minen in holländischem Gewässer.

Berlin, 6. März. Zu einer holländischen Meldung, daß bei den Bojen 1, 2 und 3 der freien Fahrrinne zwischen dem deutschen und englischen Sperrgebiet Minen festgestellt sind, durch die mehrere holländische Fahrzeuge in Verlust geraten sind, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß diese Minen nicht von deutscher Seite gelegt worden sind.

Der Lokalanzeiger sagt, die Minen seien in der Hoffnung gelegt, daß deutsche Fahrzeuge geschädigt werden könnten. Ob auch holländische Schiffe zugrunde gehen, was schert das England?

Norwegen und Finnland.

Kopenhagen, 6. März. Der norwegische Verteidigungsminister Holtfodt gab gestern im Storthing eine aufsehenerregende Erklärung bezüglich Finnland ab. Zur Beratung stand der Antrag auf Ausfall der diesjährigen Militärübungen zugunsten der landwirtschaftlichen Arbeiten. Der Minister erklärte, wer meine, daß für das norwegische Heer keine Verwendung sein werde, der sehe die Lage zu optimistisch an. Die russische Gefahr sei nur durch die finnische Gefahr abgelöst worden. Eine gewisse Richtung von finnischen Politikern glaubt, Anspruch auf nordnorwegische Häfen erheben zu dürfen. Diese Ausführungen haben großes Aufsehen erregt.

Der Krieg zur See.

Berlin, 6. März. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 21 000 Br.-R.-T. Handelsschiffsraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer Whitecour, 3680 Br.-R.-T., mit Kohlenladung, ferner zwei bewaffnete Dampfer von 5000 und 4000 Br.-R.-T. Ein Dampfer hatte Erz und Holz für England geladen. Die Erfolge wurden zum größten Teil in der Irischen See erzielt. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Haag, 5. März. Dem Korrespondenz-Bureau zufolge wurde dem Ministerium des Aeußern von dem niederländischen Gesandten in London berichtet, daß der niederländische Dampfer Heenvlict am Donnerstag torpediert wurde. Die eine Hälfte der Besatzung wurde gelandet, die andere Hälfte wird noch vermißt.

London, 6. März. (Reuter.) Der Dampfer Calgarian, 17 500 Br.-R.-T., der früher der Allan-Linie gehörte und im Jahre 1914 gebaut wurde, wurde Freitag nacht an der irischen Küste versenkt. Es heißt, daß mehrere Torpedos auf das Schiff abgefeuert wurden. Wie verlautet, führte das Schiff eine Besatzung von 400 Mann und hatte außerdem 150 Matrosen der Kriegsmarine an Bord. Zwei Offiziere und 46 Mann sollen umgekommen sein.

London, 6. März. Die Times erfährt aus Valparaiso: Ein gestern in Talcahuaso angekommener Schoner, der von der Insel Paques kam, brachte 58 Offiziere und Matrosen von der Besatzung des deutschen Hilfskreuzers Seeadler mit, die vordem auf dem Schoner Tertuna waren und bei der Insel Paques Schiffbruch erlitten hatten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180307-18/fragment/page=0002

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Stand der Wahlrechtsfrage.

Am Freitag wird die preußische Wahlrechtskommission wieder zu einer Sitzung zusammentreten. In der Zwischenzeit hat nur der Unterausschuß getagt, um die ihm überwiesenen Fragen vorzuberaten. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Frage der Einführung der Wahlpflicht, für die sich die Vollkommission bereits grundsätzlich ausgesprochen hat. Der Unterausschuß beantragt einen neuen Paragraphen:

Jeder Wähler ist verpflichtet, sein Stimmrecht auszuüben.

Zur Nichtausübung des Stimmrechts berechtigen: 1. ernste Krankheit, 2. unaufschiebbare und wichtige Geschäfte, 3. sonstige besondere Verhältnisse, welche nach billigem Ermessen des Wahlkommissars eine gültige Entschuldigung begründen.

Wer ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe es unterläßt, sein Stimmrecht auszuüben, hat eine Ordnungsstrafe in Höhe eines Viertels des Jahresbetrages der von ihm zu entrichtenden Staatseinkommensteuer, mindestens aber im Betrage von 5 Mark, zu zahlen.

Die Ordnungsstrafe fließt in die Staatskasse. Sie wird eingezogen wie die Staatseinkommensteuer.

Die Festsetzung der Ordnungsstrafe steht dem Wahlkommissar zu. Gegen die Festsetzung findet binnen zwei Wochen die Beschwerde beim Regierungspräsidenten statt, welcher endgültig entscheidet. Die Amtsgerichte haben dem Ersuchen dieser Behörden auf Rechtshilfe bei der Beweiserhebung zu entsprechen.

Die durch eine Beweisaufnahme entstehenden baren Auslagen sind im Fall der Bestrafung dem Wahlberechtigten aufzuerlegen.

Ferner hat die Unterkommission die Frage der ständigen Wählerlisten geprüft. Sie schlägt einen neuen § 6a vor:

Die zur Aufstellung der Wählerlisten erforderlichen Unterlagen sind von den Gemeinden zu sammeln und auf dem Laufenden zu halten. Binnen 10 Tagen nach dem Erscheinen des Wahlausschreibens im Regierungs-Amtsblatt müssen die Wählerlisten fertiggestellt sein.

Der Antrag, der Erleichterungen für die Ausübung der Wahl im Fall von Verletzungen durch den Krieg vorsieht, hat der Unterausschuß abgelehnt.

Ueber die weitere Frage der Einführung des Proportionalwahlrechts sind die Verhandlungen im Unterausschuß noch nicht abgeschlossen. Die Regierung ist ersucht worden, Material darüber beizubringen, wie sich das Ergebnis bei Einführung der Verhältniswahl in Groß-Berlin, einigen besonders bevölkerten Kreisen und in den Ostmarken stellen wird. Die Frage des Proportionalwahlsystems ist deshalb von so großer Bedeutung, weil es öffentliches Geheimnis ist, daß eine Reihe von Nationalliberalen und Freikonservativen ihre Stellungnahme zum gleichen Wahlrecht davon abhängig machen, ob das Proportionalwahlsystem, und zwar in beschränktem Maße, eingeführt wird. Die Konservativen, deren ganze Taktik darauf gerichtet ist, das ganze Gesetz zu Fall zu bringen, sind aus diesen Gründen auch gegen die Einführung eines beschränkten Proportionalwahlsystems.

•

Sind die deutschen Monarchisten Trottel?

Diese Frage drängt sich einem unwillkürlich auf, wenn man im Berliner Lokal-Anzeiger liest, welche Hoffnungen ein sicherer Prof. Dr. Marx Möller den „verwaisten" Strelitzer Monarchisten unterstellt. Man höre:

Sie (die „Landeskinder") wollen nicht, daß ihr heiteres Strelitz zu einem dumpfen Ludwigslust wird! Sie wollen eigen und für sich bleiben. Sie würden es dem Karl Michael in Rußland ganz gern verzeihen, daß er im zwingenden Wirrwarr die russische Generalsuniform anzog. Karl Michael ist bei ihnen als Strelitzer Herzog und Sohn Großherzogs Georg durchaus populär und beliebt! Ganz recht würde es ihnen aber auch sein, wenn der zweite junge Sohn des Schweriner Großherzogs, wenn der junge Christian Ludwig später den strelitzischen Thron besteige, und wenn inzwischen irgendein Fürst, der im Lande herzliches Vertrauen genießt — wie etwa der Prinz Ernst zur Lippe — die Regentschaft übernähme.

Oft soll — wie mir schon oft und von vielen Seiten erzählt wurde — der verstorbene Adolf Friedrich VI. diesen jungen Christian Ludwig als seinen dereinstigen Nachfolger bezeichnet haben.

Daß die Neustrelitzer Leibbäcker- und Hofschuster-Korona für die das Fortbestehen des Strelitzer „Hofes" eine geschäftliche Frage ist, solche Wünsche hegt, wollen wir nicht für ausgeschlossen erklären. Das Volk des Strelitzer Ländchens aber hat sicher im vierten Kriegsjahre andere Sorgen und es hat bestimmt die Hundegesinnung nicht, die ihm der famose Professor, den der Lokal-Anzeiger einen Dichter nennt, unterstellt.

•

Opium.

Die menschenfreundliche Deutsche Tageszeitung hat eine schwere Gefahr entdeckt, die dem deutschen Volke droht: das Opium. Zweifelnde Gemüter werden fragen, wie diese Gefahr in die Nähe des deutschen Volkes rücken könne zu einer Zeit, in der dank der Bemühungen unserer Kriegsgegner doch viel begehrtere Narkotica nicht den Zugang zu uns finden. Nun, das Opium, dessen schädliche Wirkungen und gefährliche Räusche die Deutsche Tageszeitung fürchtet, ist auf deutschem Boden gediehen, es ist (und das ist es, was es dem Agrarierblatte so gefährlich erscheinen läßt!) kein einschläferndes, sondern ein aufpeitschendes Opium. Das Opium, vor dem die Deutsche Tageszeitung neuerdings in einem Alarmartikel als vor einem „politischen Opium" warnt, ist das — Wahlrecht.

Die Tatsache, daß der Vorstand der nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz unter der Mitwirkung eines (Nachbarin, Euer Fläschchen) preußischen Staatsministers (Dr. Friedberg) beschlossen hat, die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses dringend zu bitten, einmütig für die Einführung des gleichen Wahlrechts einzutreten, hat das Windlerblatt zu der Entdeckung des Opiumcharakters des Wahlrechts verholfen. Dazu kamen, daß besagter preußischer Staatsminister in seinem Solinger Landtagswahlkreise eine Rede gehalten hat, in der „Argumente für das gleiche Wahlrecht angeführt worden sind. Kein Sterblicher weiß, wohin das noch führen soll! Aber die Tageszeitung ist auf dem Posten. Sie warnt den Minister vor dem politischen Opium:

Und wenn der Staatsminister es für angebracht hält, gegenüber der verfassungsmäßig freien, pflichtmäßigen Entscheidung des Parlamentes mit dem doppelten Druck von Krone und Masse zu operieren, so mag er sich ganz abgesehen von dieser nicht gerade glücklichen Zusammenstellung, von seinem Parteifreunde Lohmann über die Entstehungsgeschichte der Stellungnahme der Krone unterrichten lassen. Er wird dann daraus entnehmen können, daß unter diesem Gesichtspunkt wirklich kein Anlaß besteht, anzunehmen, die Krone könnte eine Wiederwahl nicht wünschen. Wenn im übrigen Dr. Friedberg gegenüber den Ostmarken-Sorgen auf die Einführung der Verhältniswahl in gemischtsprachigen Gebieten als Heilmittel verweist, so muß doch einmal gesagt werden, daß es sich dabei um politisches Opium handelt.

Krone und Masse in einem „doppelten Druck" auf die Konservativen vereinigt: in der Tat keine „glückliche Zusammenstellung" für die Konservativen. Ganz anders wäre es und ganz anders wären die Töne der Deutschen Tageszeitung, wenn es so wäre, wie es so oft war: Krone und Junkerschaft, vereinigt zu einem „doppelten Drucke" auf das Volk! Die jetzige „Zusammenstellung" ist so außergewöhnlich, daß das konservative Blatt einen Nationalliberalen aufruft, doch Aufklärung zu verbreiten „über die Entstehungsgeschichte der Stellungnahme der Krone" in der Opium- — Verzeihung! — in der Wahlrechtsfrage. Warum wollen das die Konservativen nicht selbst? Ist das Geschäft vielleicht so, daß selbst die skrupellose Deutsche Tageszeitung meint, damit sei nur ein Mann von den politischen „Fähigkeiten" des Herrn Lohmann zu gebrauchen? Nun, wir werden ja sehen, ob sich Lohmann des konservativen Vertrauens würdig erweisen wird!

•

Anfragen im Reichstag.

Abg. Taubadel hat folgende Anfrage eingebracht:

Im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos für das V. Armeekorps bringt der Stellvertr. kommandierende General durch eine Anordnung vom 11. Februar d. J. auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand die Bestimmungen des Gesetzes für den Vaterländischen Hilfsdienst auch für jugendlich männliche Personen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Anwendung. — Der Reichskanzler wird gefragt, was er gegen diese im Widerspruch mit dem Gesetz über den Hilfsdienst stehende Anordnung zu tun gedenke.

Die Zentrumsabgeordneten Hartrath und Dr. Werr fragen an, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um zu verhüten, daß die Bevölkerung zahlreicher Städte und Ortschaften des Trierer Landes immer wieder das Ziel feindlicher Angriffe werden.

Abg. Gleie (Natl.) klagt, daß im Herzogtum Braunschweig bei den letzten Pferdeaushebungen nur ein Durchschnittspreis von 3147 M. für das Pferd bezahlt wurde, während der jetzige Wert der dortigen Schwerarbeitspferde 7000 bis 8000 M. beträgt. Der Reichskanzler wird gefragt, wie er eine solche Benachteiligung weiter Kreise der Landwirtschaft zu verhüten gedenke.

•

Die ostpreußischen Liberalen für das Wahlrecht.

Auf einer Tagung des Ostpreußischen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Für die innerpolitische Neuordnung fordert der ostpreußische Parteitag kraftvolles Eintreten der Partei für Verbesserungen im Verfassungsleben und für erweiterte Volksrechte, hauptsächlich für die rasche und ungeschmälerte Neugestaltung des preußischen Wahlrechts, gründliche Reform des Gemeindewahlrechts, Annahme des Frauenstimmrechts, Berücksichtigung der Bedürfnisse der östlichen Provinzen für die Friedensarbeit, Wiederaufbau des Handwerks, Ausgestaltung der Binnenwasserstraßen, Wohnungs- und Arbeiterfürsorge für die Landwirtschaft.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 6. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Heftige Feuerüberfälle richtete der Feind gegen unsere Stellungen auf dem Vorbuser der Lys. Ein starker englischer Vorstoß bei Waasten wurde im Nahkampf abgewiesen. Beiderseits der Scarpe und in Verbindung mit eigenen erfolgreichen Erkundungen nördlich und südwestlich von St. Quentin lebte die Gefechtstätigkeit auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In einzelnen Abschnitten Artilleriekampf. Sturmabteilungen drangen in der Gegend von Ornes in die französischen Gräben und brachten 28 Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Südlich vom Rhein—Marne-Kanal, im Thanner-Tal und bei Altkirch rege Tätigkeit der Franzosen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In Verfolg der von der finnländischen Regierung erbetenen militärischen Hilfe sind deutsche Truppen auf den Aland-Inseln gelandet.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien ist von neuem formell unterzeichnet worden. Friedensverhandlungen schließen sich unmittelbar an.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Aus der Partei.

Ein Reichstagskandidat, wie selten einer!

Einen raren Reichstagskandidaten kann man mit Fug und Recht Herrn Breitscheid nennen, mit dem die „Unabhängigen" am 14. März den Reichstagswahlkreis Niederbarnim gewinnen — möchten. Möchten sagen wir, denn wenn bei den Arbeiterwählern die Ueberlegung und die Würdigung des Sachverhalts entscheidet, so werden sie sich bald klar werden müssen, ob sie ihre Stimme dem Gen. Wissell geben sollten, der von Jugend an unter einer Fahne gesochten hat und zwar unter der Fahne der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaft — oder Herrn Breitscheid, dessen politische Vergangenheit so aussieht: Redakteur des rechtsliberalen Hamburger Korrespondent, Redakteur der Kolonialen Zeitschrift, Auslandsredakteur des rechtsliberalen Hannoverschen Kuriers, Geschäftsführer des liberalen Handelsvertragsvereins, dann bürgerlicher Demokrat und (endlich) im Jahre 1912 Reichstagskandidat gegen die Sozialdemokratie, weil deren Forderungen ihm zu weit gingen. Jetzt — 6 Jahre später — ist er Kandidat der Unabhängigen, weil die Politik der Sozialdemokratie ihm nicht weit genug geht.

Es ist ein starkes Stück, den Arbeitern von Niederbarnim einen solchen Kandidaten zuzumuten.

•

Breitscheids Reklamationsversuche.

Die Unabhängigen tummeln bekanntlich besonders gern das Stecknadelpferdlein: die Regierungssozialisten suchten durch ihre Politik allerlei persönliche Hintertreppenvorteile für sich selbst und ihre Sippe zu ergattern. Als auch Herr Breitscheid sich einmal diesen Vorwurf zu eigen machte, entgegnete die Leipziger Freie Presse, er selbst habe sich ja nicht gescheut, um reklamiert zu werden, sich an regierungssozialistische Abgeordnete zu wenden und zu bitten, daß sie ihren Einfluß beim Kriegsministerium zu seinen Gunsten zur Geltung brächten. Herr Dr. Breitscheid hat darauf in der ihm zur Verfügung stehenden Presse in seiner bekannten überhebenden Art geantwortet, er habe nur einen einzigen Brief in seiner Militärangelegenheit an einen bekannten sozialdemokratischen Mehrheitsabgeordneten gerichtet, sonst aber niemals versucht, sich durch andre vom Militärdienst freistellen zu lassen.

Der mutige Rudi scheint doch ein recht kurzes Gedächtnis zu haben, so schreibt hierzu die Intern. Korrespondenz; wir wollen es ihm etwas auffrischen. Im Jahre 1916 hat Dr. Rudolf Breitscheid in Gemeinschaft mit seiner Frau Toni nach Rücksprache mit dem Abgeordneten Haase die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat von Wilmersdorf dafür zu gewinnen gesucht, daß sie sich für seine Freistellung vom Heeresdienst verwendeten. Haase hielt das Reklamationsgesuch mit Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats für eine ausgezeichnete Idee. Rudi und Frau Toni setzten ihm auseinander, wie das Gesuch begründet werden müsse; damit es nicht falsch gemacht werde, hatte Rudi gleich den Entwurf mitgebracht, dessen Reinschrift an den Stadtverordnetenvorsteher, Präsidenten Koch, und den Magistrat Berlin-Wilmersdorf gesandt wurde. Die städtischen Körperschaften behandelten die Eingabe als Petition und überwiesen sie infolgedessen geschäftsordnungsmäßig dem Petitionsausschuß zur Vorberatung. Der Ausschuß erklärte die Eingabe als nicht geeignet zur Verhandlung im Plenum, und die Stadtverordneten traten dieser Auffassung in der Sitzung vom 17. Mai 1916 bei.

Man kann danach den Wert der stolz abweisenden Geste ermessen, mit der Herr Dr. Breitscheid die Angaben der Freien Presse gegenüber der Oeffentlichkeit bestreitet.

•

Oesterreichische Demonstrationspolitik.

Zu dem seltsamen Beschluß der deutschen sozialdemokratischen Fraktion im österreichischen Reichsrat, den Etat zu bewilligen, aber die Kriegskredite abzulehnen, um Oesterreich-Ungarn an der weiteren Kriegsteilnahme zu hindern, schreibt das Hamburger Echo in einem längeren Artikel, daß diese Demonstrationspolitik zweifellos erfolglos bleiben werde. Es fügt folgende treffenden Bemerkungen hinzu:

„Wenn jetzt mit echt österreichischer Gemütlichkeit ein „friedfertiger Feldzug" zur Sicherung des Brotfriedens in die Ukraine unternommen wird, so wird er, wie wir gern hoffen wollen, zwar wenig Blut, aber immerhin auch Geld kosten. Und wenn sein Zweck nichts anderes sein soll als die Versorgung Oesterreichs mit dem in der Ukraine lagernden Getreide, so überlegen es sich vielleicht auch die sozialdemokratischen Abgeordneten in Wien noch einmal, ob sie dafür die Kredite verweigern wollen. Es kann selbstverständlich nicht die Absicht der reichsdeutschen Sozialdemokratie sein, sich in diese Fragen der so überaus komplizierten Politik des österreichischen Kaiserstaates einzumischen, und es muß uns selbstverständlich auch gleichgültig bleiben, ob die österreichische Sozialdemokratie noch Interesse an der Verteidigung Deutschlands gegen die Weltmächte hat, nachdem die Grenzen ihres eigenen Landes mit Aufopferung deutschen Blutes ausreichend gesichert worden sind. Aber weil uns die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs nun einmal näher stehen als die Arbeiterpartei irgend eines anderen Landes, und weil wir das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht nur als ein dynastisches und wirtschaftspolitisches, sondern als ein wirkliches Völkerbündnis betrachten, das durch die gemeinsam ertragene Not und Gefahr dieses Krieges die Feuerprobe bestanden hat, deshalb sehen wir mit einiger Besorgnis die parlamentarische Vertretung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie eine Politik treiben, die nicht auf dem Erdboden der Tatsachen, sondern auf den schwankenden Brettern eilig zurechtgezimmerter Theorien zu wandeln scheint, und die ihren Antrieb nicht aus der Tiefe, sondern aus der Höhe empfängt, mitunter wohl gar vom Schnürboden einer k. und k. Regie."

Aus aller Welt.

Eine Schießaffäre. Berlin, 4. März. Gestern abend sollte ein Militärgefangener durch einen Gefreiten und einen Begleitmann nach dem Polizeipräsidium gebracht werden. Auf dem Alexanderplatz ergriff der Militärgefangene die Flucht. Ihrer Instruktion gemäß, schossen die Transporteure hinter dem Flüchtling her. Sie gaben acht Schüsse ab; der Flüchtling wurde verletzt und brach zusammen. Leider ist auch ein vierjähriger Knabe durch einen Backenschuß verletzt worden; heute früh ist dieser den Verletzungen erlegen.

Letzte Nachrichten.

Bern, 6. März. Der schweizerische Bundesrat hat auf das Ersuchen der italienischen Regierung die Schweizerische Gesandtschaft in Petersburg mit der Vertretung der italienischen Interessen in Rußland bis auf weiteres betraut.

Brüssel, 6. März. Der liberale Abgeordnete von Antwerpen, Louis Frank und der Schöffe Strauß sind verhaftet worden, weil sie es unternommen haben, Arbeitswillige zu veranlassen, ihre Arbeit niederzulegen.

Amsterdam, 6. März. Aus Washington wird gemeldet: Der Präsident der gesetzgebenden Körperschaft hat die Docks und Werften der Hamburg—Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd in Hoboken in Besitz genommen.

Amsterdam, 6. März. Allgemeene Handelsblad meldet aus London, daß Bonar Law heute im Unterhause zur Deckung der Kriegskosten bis Ende Juni einen Kredit von 550 Mill. Pfund Sterling verlangen wird.

Basel, 6. März. Nach einer Pariser Meldung genehmigte der Ministerrat die Gesetzesvorlage, nach der die Jahresklasse 1919 in die Armee eingestellt wird. Die Vorlage wird der Kammer schnellstens unterbreitet werden.

Neuyork, 5. März. (Reuter.) An den heute stattfindenden Ersatzwahlen für das Repräsentantenhaus aus dem Staate Neuyork nehmen zum erstenmal Frauen teil.

Der Zentralausschuß der nationalliberalen Partei hat sich nach einer Meldung des Berl. Tagebl. mit neunzehntel Mehrheit für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen.

Der Landesverratsprozeß gegen den Vorwärts ist eingestellt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180307-18/fragment/page=0003

Aus der Provinz.

Anreizprämien für Kartoffelbauern.

Vom Kriegsernährungsamt wird folgendes mitgeteilt: Ein möglichst umfangreicher Anbau von Frühkartoffeln in allen Gegenden, welche sich dazu eignen, ist auch in diesem Jahre ganz besonders geboten. Wie im vergangenen Jahre werden die frühen Sorten, die in Mistbeeten, Treibhäusern und gartenmäßigen Kulturen gezogen sind, von der Festsetzung eines einheitlichen Höchstpreises für das Reichsgebiet und von der öffentlichen Bewirtschaftung, und zwar bis zum 30. Juni, ausgenommen bleiben. Mit dem 1. Juli muß jedoch mit Rücksicht auf die Lage der Vorräte die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln einsetzen. Wie bereits früher mitgeteilt, ist damit zu rechnen, daß im Monat Juli der Höchstpreis für Frühkartoffeln nirgends unter 8 Mark für den Zentner festgesetzt werden wird. Um den großen Verschiedenheiten innerhalb der einzelnen Anbaugebiete in der Ergiebigkeit und in der Reifezeit der Frühkartoffeln gerecht zu werden, ist in Aussicht genommen, die Landes- und Provinzialkartoffelstellen wiederum zu ermächtigen, je nach den Verhältnissen in ihrem Amtsbereiche mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle eine Erhöhung des Julipreises wie im Vorjahre bis zur zulässigen Höchstgrenze von 10 M. vorzunehmen und schon jetzt bekanntzugeben. In gleicher Weise soll von 1. August ab durch die Vorstände der Landes- und Provinzialkartoffelstellen, in denen Erzeuger, Verbraucher und Händler vertreten sind (mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle), unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse der Abbau der Kartoffelpreise mit der Maßgabe vorgenommen werden, daß der Preis für Herbstkartoffeln am 15. September erreicht ist.

Merseburg. Die Ausgabe der Butter erfolgt wieder am Sonnabend. Auf jede Kreisfettmarke und auf jede Zusatzfettmarke (mit dem roten Aufdruck K, S und +) werden 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pf. zugeteilt.

— Kriegsstiefel für landwirtschaftliche Arbeiter. Dem Kreise stehen allmonatlich etwa 100 Paar sogenannte Kriegsstiefel (mit Vollholzsohlen, Schäfte aus Gewebe mit Lederblatt und gestückelten Lederhinterbesätzen) zur Verteilung zur Verfügung. In Anbetracht der im Verhältnis zu den Versorgungsbedürftigen sehr geringen Mengen soll das Schuhwerk nur an landwirtschaftliche Lohn-Hilfsarbeiter und Lohn-Hilfsarbeiterinnen verteilt werden. Die Inhaber und höher bezahlten Mitarbeiter der Betriebe, welche in der Lage sind, sich Schuhwerk im freien Verkehr zu beschaffen, soll von der Belieferung ausgeschlossen bleiben. Mit der ersten Lieferung wird kaum vor Ende März 1918 gerechnet werden können und auch dann zunächst nur vorwiegend in kleineren Nummern. Die Schuhe werden bestimmten, im Kreise ansässigen Schuhwaren-Kleinhändlern zum Verkauf überwiesen. Die Namen der Kleinhändler werden noch bekannt gegeben. Die Schuhe können nur auf Bezugskarten, welche vom Kreise ausgestellt werden, verkauft werden. Anmeldungen zur Ausstellung von Bezugskarten auf je 1 Paar Kriegsstiefel können schon jetzt an den Landrat unter Angabe von Name, Stand und Wohnung eingereicht werden. Die bezogenen Kriegsstiefel werden den Käufern in den amtlichen Bezugsscheinstellen auf den zugelassenen Bestand und Verbrauch angerechnet.

— Schwer bestraft. Von der Strafkammer in Halle wird berichtet: Der mehrfach erheblich bestrafte Lokomotivführer Oskar Rottorf war im Sommer 1917 mehrere Monate in den Leunawerken als Lokomotivführer beschäftigt. Er sollte während dieser Zeit Kupferspäne, ein Stück Schlauch und eine Signalglocke zum Läuten gestohlen und außerdem Getreidehären abgerupft haben. R. bemühte sich, die bei ihm gefundenen Gegenstände teils als sein Eigentum, teils als nicht gestohlen hinzustellen, was ihm aber so wenig gelang, daß der Staatsanwalt eine Gesamtstrafe von zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus beantragte. Das Gericht billigte dem Angeklagten nochmals mildernde Umstände zu und schickte ihn wegen Diebstahls im strafverschärfenden Rückfalle auf ein Jahr sieben Monate ins Gefängnis, erkannte auch auf fünf Jahre Ehrenrechtsverlust und verfügte seine sofortige Verhaftung.

Bitterfeld. Genehmigungspflichtig. Die Preisprüfungsstelle gibt folgendes bekannt: In letzter Zeit erscheinen in den Zeitungen häufig Kaufgesuche von Lebensmitteln oder von Tieren, aus deren Besitz Lebensmittel gewonnen werden sollen (Hühner, Ziegen usw.). Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Anzeigen nach §§ 12 und 13 der Verordnung über den Handel mit Lebensmitteln und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels vom 24. 6. 1916 (R.-G.-Bl. S. 581 ff) der Genehmigung der Preisprüfungsstelle bedürfen. Sämtliche Zeitungen, auch die Fachzeitungen, werden am Erscheinungsorte daraufhin ständig geprüft.

Eisleben. Klage gegen die Stadt. Das Oberverwaltungsgericht hatte jetzt als letzte Instanz in einem Rechtsstreit zu entscheiden, der zwischen dem Stadtbaumeister a. D. Otto und dem Magistrat der Stadt Eisleben wegen dessen Festsetzung des pensionsfähigen Gehalts schwebte. Nachdem Herr Otto am 1. April 1914 in den Ruhestand getreten war, wurde sein pensionsfähiges Ruhegehalt auf 4710 M. festgesetzt, 3800 M. Gehalt und 360 M. Wohnungsgeldzuschuß. Mit dieser Festsetzung war aber Stadtbaurat Otto nicht einverstanden, sondern beanspruchte, daß sein pensionsfähiges Dienseinkommen auf 4710 M. festgesetzt werde. Er hob hervor: Im Jahre 1908 hätten die städtischen Behörden beschlossen eine Gehaltserhöhung der Gemeindebeamten vorzunehmen, im Hinblick auf die durch das Gesetz von 1909 in Aussicht genommene anderweite Regelung der Gehälter sollte diese Regelung erst abgewartet werden; es seien auch Vorschüsse gezahlt worden; er selbst habe Vorschüsse erhalten. Der Bezirksausschuß erachtete aber den von Herrn Otto geltend gemachten Anspruch nicht für begründet und nahm an, daß der betreffende Stadtbaumeister kein Anrecht auf eine Gehaltserhöhung erlangt habe. Diese Entscheidung focht Herr Otto durch Berufung beim Oberverwaltungsgericht an, das indessen der Entscheidung des Bezirksausschusses beitrat und die Berufung als nicht begründet abwies.

— Diebstähle. Einer Antwohnerin der Poststraße wurden vor einigen Tagen Genußmittel und ein Reisekorb aus ihrem Keller im Werke von über 150 M. entwendet. — In der Nacht zum 3. März sind zwei in der Petristraße wohnenden Familien aus den im Hofe stehenden unverschlossenen Kaninchenställen 12 Stück Kaninchen gestohlen worden.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Sauerkohl. Freitag abend auf Marke 144 des Warenbezugsscheins 14 jede Person 200 Gramm zum Preise von 25 Pf. für das Pfund. Der Kohl wird nach den Kundenlisten abgegeben.

Heringe. Freitag, vormittag von 8—12 Uhr: Nr. 45501—50000, nachmittag 2—6 Uhr: Nr. 50001—56000, der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person etwa 110 Gramm zum Preise von 25 Pfg.

Kaffee-Ersatz-Mittel. Freitag, vormittag von 8—12 Uhr: Nr. 45501—50000, nachmittag von 2—6 Uhr: Nr. 50001 bis 56000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ¼ Pfund zum Preise von 75 Pfennig.

Räucher-Heringe. Freitag früh in den bekannten Geschäften sowie teilweise auch auf dem Wochenmarkt auf Abschnitt 98 des Warenbezugsscheins 10. Jede Person etwa ¼ Pfund. Zugelassen sind sämtliche Lebensmittelscheine, soweit sie bisher noch nicht beliefert worden sind.

Bekanntmachung.

Von Ostern 1918 an werden in den städtischen **Mädchenmittelschulen** folgende **Lernmittel** gebracht und zwar in Klasse:

A. Bücher:

Falcke-Förster, Religionsbuch für evang. Schulen (Kl. 7—1).
Bibel (durchgesehene Lutherbibel) (Kl. 3—1).
Steger u. Wohlrabe, Fibel, Ausgabe E (Kl. 9).
„ „ Deutsches Lesebuch für Mittelschulen, Teil I (Kl. 8—7).
„ „ „ „ „ „ „ II (Kl. 6—4).
„ „ „ „ „ „ „ III A (Kl. 3—1).
„ „ „ „ „ „ „ III B (Kl. 1).
Joh. Meyer, Deutsches Sprachbuch für Mittelschulen, Heft I, Ausg. C (Kl. 8—7).
„ „ „ „ „ „ „ II, „ „ (Kl. 6—4).
„ „ „ „ „ „ „ III, „ „ (Kl. 3—1).
Regeln für die deutsche Rechtschreibung (Kl. 5—1).
Hebel, Schatzkästlein, Wiesbadener Volksbücher (Kl. 3).
Uhland, Herzog Ernst, Hendel (Kl. 3).
Nibelungenlied, Hillger, Berlin, Jugendbücherei, 52/53 (Kl. 3).
Schiller, Wilhelm Tell, Hendel (Kl. 2).
Heyse, Kolberg, Cotta (Kl. 2).
Goethe, Hermann und Dorothea, Hendel (Kl. 1).
Goethe, Goetz v. Berlichingen, Velhagen (Kl. 1).
Dubislav-Boek, Method. Lehrgang der franz. Sprache, Ausg. A, Teil I (Kl. 5).
„ „ „ „ Ausgabe A, Halle „ II (Kl. 4).
„ „ „ „ „ A, „ „ III (Kl. 3—1).
„ „ „ „ „ A, „ „ VIII (Kl. 4—1).
Souvestre, Sechs Erzählungen aus Au Coin du feu, Velhagen (Kl. 1).
Donat, Lehrbuch der Geschichte für preuß. Mittelschulen, Teil I/II (Kl. 4—3).
„ „ „ „ „ „ „ III (Kl. 2—1).
Scheer, Erdkunde für Mittelschulen, Teil I (Kl. 5—4).
„ „ „ „ „ „ II (Kl. 3—2).
„ „ „ „ „ „ III (Kl. 1).
Lange-Diercke, Schulatlas, Ausgabe für Halle (Kl. 5—1).
Hanft, Rechenbuch für Mittelschulen, Ausgabe H. A. Heft I (Kl. 9).
„ „ „ „ „ „ II (Kl. 8).
„ „ „ „ „ „ III (Kl. 7).
„ „ „ „ „ „ IV (Kl. 6).
„ „ „ „ „ „ V (Kl. 5).
„ „ „ „ „ „ VI (Kl. 4).
„ „ „ „ „ „ VII (Kl. 3).
„ „ „ „ „ „ VIII (Kl. 2).
„ „ „ „ „ „ IX (Kl. 1).
Rolle, Naturlehre, Ausgabe B, für Mädchen-Mittelschulen (Kl. 3—1).
Richter, Naturgeschichte für Mittelschulen, Teil II (Kl. 4—3).
„ „ „ „ „ „ III (Kl. 2—1).
Richter, Bestimmungstafeln zur Pflanzenkunde (Kl. 3—1).
Friedrich-Brauer, Liederbuch für gehobene Schulen, Unter- u. Mittelstufe (Kl. 7—5).
„ „ „ „ „ „ Oberstufe (Kl. 4—1).
Deutschbein-Mauenel, Lehr- u. Lesebuch d. engl. Sprache f. Mittelsch. Teil I (Kl. 3—2).
„ „ „ „ „ „ Ausg. B, Teil II (Kl. 1).
Collection of Tales and Sketches, I. Bändchen. Herausg. v. Dr. E. Groth, Ausg. B, Velhagen (Kl. 1).

B. Hefte:

Alle Schreibhefte müssen den Bestimmungen der Kgl. Regierung zu Merseburg vom 20. August 1912 entsprechen.

Nr. 1, Schönschreiben (Kl. 9).
Nr. 2, Recht- und Schönschreiben (Kl. 8—7).
Nr. 3, Lateinschrift VII (Kl. 7).
Nr. 4, Rechtschreiben, Aufsatz, lateinische Schrift VI und V (Kl. 7—4).
Nr. 5, deutsche Schrift, Aufsatz, Rechtschreiben (Kl. 6—1).
Nr. 6, Französisch, Englisch (Kl. 5—1).
Nr. 7, Rechnen und Raumlehre (Kl. 5—1).
Nr. 8, Rechnen (Kl. 7—6).
Tagebuch Nr. 2 (Kl. 8—7).
„ Nr. 4 (Kl. 6).
„ Nr. 5 (Kl. 5—1).
Vokabelheft (Kl. 2—1).

C. Zeichenlehrmittel:

Albrecht-, Kompaß- oder Steinzeichenständer (Kl. 8—1).
Linearblock (Kl. 3—1).
Skizzenbuch (Kl. 6—1).
Reißzeug (Kl. 3—1).
Winkeldreieck (45°) (Kl. 4—1).
Reißschiene (Kl. 3—1).
Reißbrett (Kl. 3—1).

Für die Zeichenblöcke ist vorgeschrieben:
a) graues Packpapier,
b) weißes Zeichenpapier,
c) Blocks zu Aquarellübungen,
für die Albrecht-, Kompaß- und die Steinzeichenständer passend; die Blocks müssen sorgfältig durchlocht sein.

Zeichenkohle.
Pastellkreide in Kästchen zu 12 Stück; Wasserfarben: 12 Farben mit 1 Tube Weiß nach Vorschrift der Kgl. Kunstschule. Bei den meisten Händlern sind auch einzelne Farben zu kaufen.
Ein guter Doppelpinsel.
Bleistift Nr. 2 und 3 (für Linearzeichnen).
Skizzenbuch mit weißem und getöntem Papier.

Zugleich weisen wir darauf hin, daß beabsichtigt wird, ein anderes Lernbuch für Religion einzuführen.

Die Handlungen werden ersucht, Zugaben irgendwelcher Art nicht auszuteilen.

Halle, im Februar 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die seitens der staatlichen Prüfungskommission für den Regierungsbezirk Merseburg auf den **17. Juni und 16. Dezember 1918 festgesetzten Prüfungen von Hufschmieden** sind **aufgehoben** worden.

Halle, den 4. März 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Als Schneidermeister empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.
O. Heimsath & Sohn, Steg 19.

Stadt-Theater
Freitag, den 8. März
Anfang 7,30 Uhr Ende 10,45 Uhr
König für einen Tag.
Komische Oper von Adam.
Sonnabend nachmitt.: **Die Geschwister. Der zerbrochene Krug.** Abends: **Sinfonie-Konzert.**

Achtung! Hausfrauen!
Geld liegt in allen Winkeln. Zahle für
100 Kilo Strumpfwolle . . . . . **160** M.
100 „ Orig. Lumpen . . . . . **15—30** „ [955
100 „ Neutuch . . . . . **100** „
100 „ Knochen . . . . . **10** „
Zahle für Akten, Bücher, Zeitungen und Altpapier höchste Preise.
Alle Sorten **Felle** und **Roßhaare** höchste Tagespreise.
Hole auf Wunsch auch selber ab.
Paul Günther, Rohprodukte, Taubenstr. 3 Hof, hinten links.
Tel. 6176. **Alles wird streng reell gewogen.** Tel. 6176.

Thalia-Theater
Gastspiele des Stadttheater-Personals
Sonntag, den 10. März 1918 abends 7½ Uhr: [963
Moral
Lustspiel von Thoma.

Zoo
Reicher Tierbestand.
Heute abend 8 Uhr
6. Gesellschaftskonzert

Alte Promenade 11a U.T. **Leipziger Straße 88**
Fernruf 5738. Fernruf 1224.
Ab Freitag, den 8. März:
Gunnar Tolnaes in: **Die Spur der ersten Liebe.** Das Lebensbild einer Treulosen in 3 Akten.
Irmas Ehekontrakte. Lustspiel in 3 Akten.
Licht und Finsternis. Lebensdrama in 4 Akten.
Hilde Wörner und Leo Peukert in: [961
Baronin Kammerjungfer. Lustspiel in 3 Akten.

Zurückgekehrt.
Dr. Niebuhr, Moritzzwinger 17. [964

Fast neue echte [928
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

3 Könige Varieté Kl. Klausstr. 7
Im Sturme eroberten sich die neuen Künstler [959
die Gunst der Besucher.
Neue urkomische Possen.

Zur Konfirmation
kauft man [966
Uhren, Gold- und Silberwaren
am **besten** und **äußerst preiswert** bei
Amand Weiß, Halle, Kleinschmieden 6, gegenüber **Alex Michel.**
Eigene Reparaturwerkstätte.

Alt-Papier
sowie **Geschäftsbücher** zum Einstampfen kauft stets
A. Samuel,
956] Alter Markt 7. — Tel.-Nr. 5592.

Umpreßhüte
werden angenommen. Preis 3.50 M.
Lieferzeit 3—4 Wochen.
Umarbeitungen nach neuester Form.
912]
Große Auswahl in Blumen.
Fritz Mösenthin
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.

Die **Fürsorgevermittlungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg** sucht und **vermittelt kostenlos**
gute Schlafstellen.
Poststraße 16, Zimmer Nr. 59. II. Tr. r. [500

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180307-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 56. Halle, Donnerstag den 7. März 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. März 1918.

Gewerkschaften und Lehrlingswesen.

In Unternehmerkreisen herrscht die Auffassung vor, daß die Gewerkschaften sich um das Lehrlingswesen nicht zu kümmern hätten. Die Ausbildung des Lehrlings sei ausschließlich Sache des Lehrmeisters. Indessen, auch den Gewerkschaftsorganisationen kann es nicht gleichgültig sein, unter welchen Bedingungen heute die Heranbildung des Nachwuchses der Berufe sich vollzieht. Von der Art, wie die Lehrlinge ausgebildet werden, hängt nicht selten ein Teil des Wohles der Arbeiter in den verschiedensten Berufen ab. Zu welchen Zuständen es führen kann, wenn die Lehrlingsausbildung einzig und allein den Lehrherren anvertraut wird, hat sich kürzlich erst wieder aus Anlaß der Diskussion über das Lehrlingsthema im Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer gezeigt. Da wurde mitgeteilt, daß in kleinen Druckorten nur zu oft eine geradezu kaninchenhafte Zunahme der Lehrlinge anzutreffen sei. In Perleberg habe eine Firma als Nichtfachmann bereits zwölf Buchdruckerscholaren ausgebildet, und sie beabsichtige noch mehr Unglücksraben in die Buchdruckerwelt fliegen zu lassen. In Pritzwalk sei eine Firma, die gleichfalls auf guten „Stallbestand" sehe; sie halte zur Zeit 9 Lehrlinge. Ein halbes Dutzend sei bei derselben Firma zu Ostern „nachgemustert" worden. Von Pritzwalk und Perleberg wird mit Recht gesagt, daß sie nicht allein auf der deutschen Buchdruckerende zu finden seien. Kein Wunder, daß bei einer so gewissenlosen Lehrlingszüchterei der gerade für das Buchdruckgewerbe notwendige gut ausgebildete Nachwuchs nicht immer in gewünschtem Maße zur Verfügung steht.

Wie in diesem, so zeigen sich Uebelstände und Auswüchse auf dem Gebiete des Lehrlingswesens natürlich auch in allen anderen Berufen. Je besser die Ausbildung des Lehrlings ist, desto tüchtiger zeigt sich derselbe später als Gehilfe. Und die organisierten Arbeiter können nur ein reges Interesse daran haben, daß die Ausbildung des jungen Nachwuchses in der gewissenhaftesten Weise vor sich geht. Nur mit tüchtigen Mitarbeitern und Kollegen können sie auf die schnellste Erfüllung und Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen rechnen. Der leider sehr oft anzutreffenden Lehrlingsausbeuterei und des gewissenlosen Mißbrauches der Lehrlinge sind die Gewerkschaften feindlich gesinnt. Solchen Mißständen wird in Zukunft mehr als bisher ihr Kampf gelten.

Kürzlich haben erst die Delegierten des Hamburg-Altonaer Gewerkschaftskartells sich eingehend mit der Frage der Neuordnung des Lehrlingswesens beschäftigt und 16 Leitsätze aufgestellt, in denen die Festsetzung einer höchstens dreijährigen Lehrzeit, der erforderliche Lehrlingsschutz, Regeln für die gewissenhafte Ausbildung und sonstige dem Wohl des Lehrlings dienende Forderungen aufgestellt werden. Diese Entschließung hat sofort gewisse Handwerkskreise mobil gemacht. Der Deutschen Arbeitgeberzeitung geht — angeblich aus Handwerkskreisen — eine Zuschrift zu, die die vom Hamburg-Altonaer Gewerkschaftskartell aufgestellten Leitsätze diskreditiert. Es wird darin betont, daß die Gewerkschaften in der Kriegszeit ihr Herz für die Lehrlinge entdeckt hätten, die auf der Hand liegenden Gründe hierfür seien natürlich nicht frei an Eigennutz. Daß die Zuschrift gegen die den Lehrlingsmißbrauch geltenden Leitsätze zu Felde zieht, war von vornherein vorauszusehen. Die dagegen erhobenen Einwände zeigen jedoch nur, wie sehr gewisse Handwerkerkreise jeder notwendigen Reform auf dem Gebiete des Lehrlingswesens feindlich gesinnt sind. Sie bestärken aber gerade die Gewerkschaften, im wohlverstandenen wirtschaftlichen sowie in ihrem eigenen Interesse an der Beseitigung der mannigfachen Uebelstände mit tätig zu sein.

•

Die Geschlechtskrankheiten während des Krieges.

J. K. Ueber die Zunahme der Geschlechtskrankheiten bringt die Begründung zu den eben dem Reichstag zugegangenen Entwurfe eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten umfangreiche neue statistische Aufzeichnungen bei. Hiernach stieg z. B. die Zahl der in den Allgemeinen Krankenhäusern im Deutschen Reich an den hauptsächlichsten Geschlechtskrankheiten Behandelter von 46 494 im Jahr 1902 auf 105 503 im Jahre 1913. Dabei ist zu bedenken, daß die Zahl der in den Krankenhäusern behandelten Geschlechtskranken nur ein geringer Teil der überhaupt vorhandenen ist.

Im Winter 1913/14 haben die deutschen Großstädte eine Erhebung über die Zahl der sich in ärztlicher Behandlung befindlichen Geschlechtskranken vorgenommen. Soweit die Ergebnisse hierüber bekannt geworden sind, kamen auf je 1000 Einwohner 5,62 Geschlechtskranke. Davon waren 69 v. H. männlichen und 31 v. H. weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Erkrankungsfälle an Geschlechtskrankheiten im Heer nahm bis zum Jahre 1900 ständig ab, und zwar bis auf 17,8 pro 1000 der Kopfstärke der Armee. Die Ziffer erhöhte sich aber wieder auf 21,2 im Jahre 1913. In der Marine sind die Zahlen viel höhere, im Jahre 1913 z. B. 57,8. Die Zahl der eingestellten geschlechtskranken Rekruten schwankt zwischen 7,1 und 7,6 je 1000.

Auch über die Wirkungen der Geschlechtskrankheiten sucht die Begründung des Gesetzentwurfs statistisches Material beizubringen. Als Nachkrankheiten treten Gelenkentzündungen, Herz- und Nierenleiden usw. auf. Die Syphilis pflegt eine Reihe von bedenklichen Organerkrankungen hervorzurufen, insbesondere Entartung der Blutgefäße des Herzens, Erkrankungen der Augen, sowie Rückenmarkschwindsucht und Gehirnparalyse. Die Zahl der in den allgemeinen Krankenhäusern behandelten Fälle von Rückenmarkschwindsucht vermehrten sich von 2757 im Jahre 1902 auf 5716 im Jahre 1913, die der an paralytischer Seelenstörung leidenden Geisteskranken von 9398 auf 11 862. Schließlich werden noch Ziffern beigebracht über die ungünstigen Einwirkungen der Geschlechtskrankheiten auf die Geburtenhäufigkeit. Während des Krieges haben sich die Geschlechtskrankheiten bekanntlich stärker verbreitet als zuvor.

Frieden! Freiheit! Wohlfahrt!

Das sind die Leitmotive der

„Volksstimme"

Jeder aufrichtige Friedensfreund, der mit uns für die Herbeiführung eines

Völker-Friedens

eintritt, der auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung der Völker aufgebaut, die sicherste Gewähr für seine Dauer in sich schließt, muß deshalb Leser der „Volksstimme" werden.

Soll Deutschland dauernd Vertrauen in der Welt genießen und die Kraft besitzen, rasch und gründlich die Schäden des Krieges zu überwinden, muß weitgehende

politische Freiheit

dem Volke gewährt werden. Aufs entschlossenste setzt sich dafür die „Volksstimme" ein. Wer die volle staatsbürgerliche Freiheit aller Teile der Bevölkerung erstrebt, muß sie durch sein Abonnement in ihrem Kampfe unterstützen. Für die

Wohlfahrt der Massen

aller Arbeiter, Arbeiterinnen, Soldaten und kleinen Leute in bezug auf soziale Fürsorge, Ernährung und Versorgung tritt unablässig die

„Volksstimme"

ein. Deshalb muß ihr von allen Kreisen der Bevölkerung, die gleich ihr für Frieden, Freiheit und Wohlfahrt des Volkes eintreten, zur weitesten Verbreitung geholfen werden.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, wie außerordentlich wichtig es ist, den Kartoffelbau durch Kalidünger zu fördern. Der Bund gibt das Kilo Kali für 20 Pf. ab. Es steht noch ein Rest von Kalidünger zur Verfügung, der jedoch bald erschöpft sein wird. Es ist jetzt die rechte Zeit, solchen Dünger auf den Acker zu bringen. Der Bund bietet ferner die außerordentlich seltene Gelegenheit, ein Gemisch von Kali, Stickstoff und Phosphordünger zu beziehen. Solcher Dünger ist im Handel kaum mehr zu erhalten, und es ist ein Zufall, daß der Bund durch rechtzeitige Vorsorge den Kleinpächtern des Bundes dieses kostbare Gut anbieten kann. Der Vorrat ist natürlich kein sehr großer. Die Abgabe erfolgt gegen Vorweisung der Ackerkarte. Geeignete Gefäße sind mitzubringen.

* **Nur Kriegsbeschädigte als Post- und Telegraphengehilfen.** Vor anscheinend amtlicher Stelle wird folgendes mitgeteilt: Als Post- und Telegraphengehilfen werden in absehbarer Zeit nur noch Kriegsversehrte angenommen. Voraussetzung ist natürlich, daß sie für den Post- und Telegraphendienst geeignet sind und den sonstigen Annahmebedingungen, insbesondere durch ihre Schulbildung usw. entsprechen. Andere Bewerber werden vorerst grundsätzlich nicht angenommen. Dies gilt auch für Söhne von Post- und Telegraphenbeamten. Wenn Post- und Telegraphenanwärter während des Probedienstes zum Heeresdienst zurückberufen worden sind und nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst ihre Probedienstleistung fortsetzen wollen, müssen sie in ihre früheren Dienststellen zurückkehren. Sollte ein Anwärter den Wunsch haben, einem anderen Bezirk überwiesen zu werden, so ist dazu die Genehmigung des Reichspostamts notwendig.

* **Lebensmittelverkaufsstellen der Städte unterliegen der Unfallversicherung.** Nach § 537 Abs. 1 Nr 11 der Reichsversicherungsordnung unterliegen Betriebe zur Behandlung und Handhabung der Waren dann der Unfallversicherung, wenn sie mit einem über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgehenden kaufmännischen Unternehmen verbunden sind. Und über den Umfang eines Kleinbetriebes wiederum geht ein solcher Betrieb dann hinaus, wenn in ihm mehr als 300 volle Arbeitstage auf die Behandlung und Handhabung der Ware verwendet wird. Die Stadt D. hatte nun seit August 1915 nach und nach 10 städtische Lebensmittelverkaufsstellen eingerichtet, in denen Waren an die Bevölkerung abgesetzt wurden; und es ist jetzt dieser Betrieb vom Reichsversicherungsamt für versicherungspflichtig erklärt worden. Als kaufmännischer Unternehmer im Sinne der oben angeführten Vorschrift habe jeder nach kaufmännischen Regeln eingerichtete und geleitete Betrieb zu gelten. Daß aus dem städtischen Betriebe bisher ein Ueberschuß nicht erzielt sei, sei ohne Bedeutung. Unstreitig würden in den städtischen Verkaufsstellen mehr als 300 volle Arbeitstage auf die Behandlung und Handhabung der Ware aufgewendet. Das Unternehmen gehe sonach über den Umfang eines Kleinbetriebes hinaus und sei daher bei der Detaillhandels-Berufsgenossenschaft zu versichern. Daran ändere auch der Umstand nichts, daß es auf unbestimmte Zeit eingerichtet sei. Denn der Betrieb sei bereits seit über zwei Jahren im Gange, und es lasse sich nicht absehen, wie lange er noch ausgeübt werden solle, zumal er auch voraussichtlich mit dem Augenblick des Friedensschlusses nicht sofort eingestellt werde. Er erfordere hiernach die Aufwendung von länger dauernden, nicht bloß vorübergehenden wirtschaftlichen Tätigkeiten und sei somit als Betrieb im Sinne der Unfallversicherung anzusehen.

* **Die Revision der in den hiesigen Geschäften abgegebenen Bezugsscheine** hat ergeben, daß bei der Ausfertigung dieser Scheine die Vorschriften der Stoff-Höchstmaßliste vom 13. Oktober 1917 vielfach nicht beachtet werden. In solchen Fällen dürfen nach der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 27. März 1917 die Gewerbetreibenden an Stelle der in den Bezugsscheinen angegebenen Maße höchstens die in der Liste festgesetzten Stoffhöchstmaße abgeben. Zuwiderhandlungen sind mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder einer dieser Strafen zu ahnden. Die Ueberwachungsstelle für Bezugsscheine wird von jetzt an jede Uebertretung dieser Vorschrift der Staatsanwaltschaft zur Einleitung des strafgerichtlichen Verfahrens anzeigen.

* **Die Fürsorgestelle für Lungenkranke,** Salzgrafenstraße 1, hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, Lungenkranke unentgeltlich zu untersuchen und über die Maßnahmen aufzuklären, die zur ihrer Genesung und zur Bekämpfung der Tuberkulose im allgemeinen dienen können. Sie gibt den Kranken Verhaltungsmaßregeln und sucht die Angehörigen vor Ansteckung zu schützen. Die Fürsorgestelle übernimmt nicht die ärztliche Behandlung des Kranken, sondern sucht ihre Ziele vielmehr zu erreichen durch frühzeitige Ermittlung der Lungenkranken, ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Angehörigen, Aufklärung der Familien, Vermittlung eines Heilverfahrens für heilbare Lungenkranke und Fürsorge für bedrohte Angehörige, Beseitigung der gefährlichsten Entstehungsherde (Trennung des Kranken, Entseuchung der Wohnung und Kleidung), Unterstützung der Angehörigen solcher Lungenkranken, die sich in Heilstätten befinden. Sprechstunden finden täglich 4 bis 5 Uhr nachmittags statt.

Hans Dampf in allen Gassen.

7] Erzählung von Heinrich Zschokke.

Der Stadtschreiber Mucker aber widerredete dem heitig; bewies, daß Hans Dampf allerdings der Urheber alles Uebels sei, und schloß mit den Worten: „So weit, o Landesväter, ist es gekommen, daß es bei mir gar keines Zuredens mehr bedarf, um mich glauben zu machen, daß an dem blutigen Türkenkriege, daß an der großen Viehseuche in Polen, daß an dem fürchterlichen Erdbeben in Kalabrien, daß an dem letzten Sturm, welcher die spanische Silberflotte in den Abgrund des Meeres jenkte, niemand anders als Hans Dampf schuld sei. Seit er wieder in unsere Mauern kam, ist Verwirrung, Zwietracht, Parteiwesen und Lärmen an der Tagesordnung. Noch steht Lalenburg; aber wir Landesväter werden den Untergang dieser uralten herrlichen und weltberühmten Stadt sehen, wenn wir den Hans Dampf nicht von uns weg über alle Meere verbannen. Wessen ist er nicht fähig? Hat er uns noch nicht der Entzweiung, des Schreckens genug gebracht? Wollet ihr noch Bürgerkriege erleben, Mord und Brand, den Einsturz dieses ehrwürdigen Rathauses, die Einäscherung unserer Wohnungen? Und nun fuhr Mucker fort ein Bild der Verwüstung zu entwerfen, daß allen Zuhörern und selbst dem edeln Hans Dampf die Haare vor Grausen bergan standen, und jeder den Augenblick vor der Tür glaubte, wo die Zerstörung Jerusalems sich in Lalenburg wiederholen würde.

Angst und Furcht, Schrecken, Verzweiflung und Rache war in allen Gesichtern zu erblicken. Einige saßen halb ohnmächtig eingesunken da; andere schnoben mit erweiterten Nasilöchern wutvoll und schossen mörderische Blicke auf den Staatsbaumeister; andere wollten in bangem Entsetzen zu den Ihrigen flüchten, um sie zeitig zu retten, sanken aber mit gebrochenen Knien auf die Bank zurück; andere wollten das Wort fordern und auf den Tod des Hans Dampf antragen, und konnten nur mit vom Zorn ersticker Stimme unvernehmliche Töne hören lassen.

Plötzlich öffneten sich die Türen des Saals und der Ratsbote trat herein, einen Brief in der Hand, mit einem ungeheuren Siegel. Er übergab ihn dem Bürgermeister und sagte, ein Kurier S. Durchlaucht des Fürsten von Luchsenstein habe ihn gebracht. Da spitzten alle mächtig die Ohren. Der Bürgermeister setzte die Brille auf und gab sich ein majestätisches Ansehen, indem er geheimnisvoll links und rechts flüsterte: „Depeschen von allerhöchster Wichtigkeit!" Die guten Lalenburger brannten vor Neugier und hingen mit ihren Blicken nur an dem gewaltigen Siegel. Die Zerstörung von Jerusalem war unverzüglich rein vergessen.

Als nun der regierende Bürgermeister den Brief des Fürsten entfaltete, rückten diejenigen, welche dem Oberhaupte der Republik zunächst saßen, ihm so nahe auf den Leib, als sie konnten; die andern, um keine Silbe, keinen Odemzug des Bürgermeisters zu verlieren, rutschten auf ihren Bänken behutsam nach, daß einer fast auf den Schoß des andern zu sitzen kam. Der ganze Saal ward leer, bis auf einen kleinen Platz um den Meister herum, wo sich Köpfe an Köpfe drängten. Dabei herrschte Todenstille. Obgleich Lalenburg mit dem benachbarten Fürstentum Luchsenstein vielen Geschäftsverkehr hatte, war bisher doch noch nie geschehen, daß der Fürst unmittelbar dem Rat der Republik zugeschrieben hätte. Der Bürgermeister konnte also mit Recht vermuten, das Sendschreiben umfasse Gegenstände der höchsten Wichtigkeit.

Er fing an zu lesen, aber mit ehrfurchtsvoller, leiser Stimme, der Feierlichkeit des Gegenstandes angemessen. Weil die, welche zuhinterst saßen, die ersten Worte nicht vollkommen verstanden hatten, riefen sie: „Laut gelesen, laut!" Dadurch wurden die vorderen gestört und geboten einstimmig Stillschweigen. Darüber verloren die Hintern das Vorgelesene gänzlich und wiederholten ihren Zuruf um lautern Vortrag; andere begehrten, man solle noch einmal von Anfang anfangen. Die Vordern schrien ungeduldig; es müsse Totenstille herrschen. Dies Her- und Hinrufen ward immer stärker, weil endlich alle an dem Lärmen geärgert waren und jeder für sich die Ruhe herzustellen und seine Stimme über die Stimme der übrigen zu erheben bemüht war. Da nun die Hintersten sich überzeugten, daß bei so bewandten Umständen die Vordersten offenbar den Vorteil hätten, weil sie dem Brief und dem Vorleser zunächst waren, rückten sie nach. Hans Dampf saß wetterschnell dem Bürgermeister vor der Nase. Der Stadtschreiber behauptete und schrie sich dabei das Gesicht kirschbraun, Hans Dampf habe ihn vom Platze verdrängt. Es war umsonst. Gleichwie Hans Dampf, hatten auch andere sich von hinten hervorgemacht. Nun gab es ein erschreckliches Stoßen, Reißen und Sturmlaufen unter Flüchen und Beschwörungen und Bitten und Seufzen, still zu sein.

Unter diesen tumultarischen Bewegungen ward dem Bürgermeister am übelsten zu Mut; denn gegen ihn drängte sich, als zum Mittelpunkt, alles von allen Richtungen her. Da faßte er den großen Entschluß, durch sein Ansehen den Sturm verstummen zu machen. Mit majestätischem Unwillen stand er auf und stieg, damit er über die Menge hervorrage, auf seinen Stuhl. Indem er aber die donnernde Stimme mit gerechtem Zorn erheben wollte, fuhr ihm durch einen unehrerbietigen Stoß des Gedränges der konjugarische Thron unter den Beinen hinweg, und er selbst mit dem fürstlichen Briefe, wie eine stürzende Eiche über niederes Gesträuch, in die ringende Menge hinab. Seine Perücke, die reichlich mit Puder und Pomade das Antlitz des Oberzollverwalters färbte und demselben schier das Licht der Augen raubte, ward von diesem im Jähzorn erfaßt und in eine Trutz- und Schutzwaffe verwandelt. Ihr Anblick und ihre Wirksamkeit reizte zu unseligen Nachahmungen des gegebenen Beispiels. Bald ward keine Perücke mehr auf dem Kopfe sicher; eine um die andere flog empor über die Häupter der Menge, gleich einer Zornrute, und verbreitete Gewölke um sich in der Höhe, Schmerzen und Zetergeschrei der Getroffenen in der Tiefe.

In dieser traurigen Verwirrung der Dinge reifte plötzlich die große, lange vorbereitete Verschwörung gegen des Stadtschreibers Zopf. Der Ratsherren einer, seines Handwerks ein Schneider, zog die Schere und verfolgte damit den Stadtschreiber, welcher wie eine langgeschwärzte Ratze in dem Getümmel umherfuhr. Im Hui war der Zopf glatt am Kopfe weg, ohne daß Herr Mucker nur eine Ahnung von seinem Unstern hatte, bis er einen Hieb damit über das Gesicht bekam. Denn ein anderer hatte dem heimtückischen Schneider die Trophäe entrissen, und, weil sie die Hände von anderthalb Ellen haben mochte, sich ihrer wie einer Reitpeitsche bedient.

(Fortsetzung folgt.)

•

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180307-18/fragment/page=0005

* **Ersatzjohlen für die Landwirtschaft.** Der Landwirtschaftskammer sind von der Ersatzjohlen-Gesellschaft auf ihren Antrag hin zunächst 10 000 Paar Ersatzjohlen in verschiedenen Ausführungen und Größen zur Verfügung gestellt worden. Die Abgabe an die Landwirte wird durch die Zentral-Ankaufsstelle in Halle a. S., Merseburger Straße 17/19, erfolgen. Um sie den Bedarfsverhältnissen und der verfügbaren Menge möglichst gleichmäßig anpassen zu können, sollen nur Sammelbestellungen zur Ausführung kommen, die von den einzelnen Gemeinde- und Gutsbezirken bis spätstens 15. März an die Zentral-Ankaufsstelle erbeten werden. Einzelbestellungen können keinesfalls berücksichtigt werden.

* **Alle über 15 Jahre alten Ausländer** einschl. die Angehörigen verbündeter Staaten — haben sich binnen 24 Stunden nach ihrer Ankunft in oder vor ihrer Abreise von Halle unter Vorlegung ihres Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises bei der Polizeiverwaltung (Politische Polizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 52) persönlich an- oder abzumelden. Diese Meldungen sind auch dann erforderlich, wenn sich ein Ausländer nur vorübergehend in hiesiger Stadt aufhält oder diese verläßt. Jedermann, der einen Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich in seiner Behausung oder in seinen gewerblichen Räumen (Gasthäusern, Fremdenheimen usw.) aufnimmt, ist verpflichtet, sich über die Erfüllung der Anmeldepflicht des Ausländers spätestens 24 Stunden nach seiner Aufnahme zu vergewissern und im Falle der Nichterfüllung sofort der Polizeiverwaltung, Politische Polizei, Mitteilung zu machen.

* **Warnung an Fuhrleute.** Im verflossenen Jahre sind zahlreiche Unfälle durch Ueberfahren von Fuhrwerken auf unbewachten Bahnübergängen herbeigeführt worden. Deshalb wird den Geschirrführern von der Polizeiverwaltung die größte Vorsicht beim Befahren von unbewachten Ueberwegen zur Pflicht gemacht. Gleichzeitig werden sie darauf hingewiesen, daß sie durch Unachtsamkeit nicht nur ihr eigenes Leben gefährden, sondern auch durch fahrlässige Gefährdung des Eisenbahnbetriebes sich einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.

* **Prozeß gegen die Ortskrankenkasse.** Die allgemeine Ortskrankenkasse Halle hatte für einen Bureauangestellten die Kassenbeiträge auch für die in die Woche fallenden Feiertage eingezogen. Der Arbeitgeber forderte diese Beiträge zurück, weil solche nur für Arbeitstage eingezogen werden dürfen. Das Versicherungsamt der Stadt Halle verurteilte Ende des Jahres 1917 die Kasse zur Rückzahlung. Hiergegen rief die Krankenkasse das Oberversicherungsamt an, das jetzt auch die Entscheidung des Versicherungsamts der Stadt Halle aufhob. Die Bureauangestellten werden, so heißt es in der Begründung, monatlich entlohnt, nicht für den einzelnen Tag, an dem sie Arbeit leisten. Personen, die in dieser Art angestellt sind und entlohnt werden, sind ihren Arbeitgebern gegenüber regelmäßig auch an Sonn- und Feiertagen zur Arbeitsleistung verpflichtet und haben im Falle einer solchen Leistung keinen Anspruch auf besondere Vergütung. Hiernach sind die Feiertage, für die die Krankenkasse Beiträge eingezogen hat, als Arbeitstage anzusehen, ohne daß es darauf ankommt, ob tatsächlich an allen diesen Tagen Arbeit geleistet worden ist oder nicht. Da die fraglichen Beiträge somit zu Recht erhoben worden sind, ist der Anspruch auf Rückzahlung unbegründet. — Dieses wichtige Urteil hat natürlich auch sinnentsprechende Anwendung auf Handlungsgehilfen, Verkäuferinnen und sonstige in Monatslohn stehende Personen zu finden.

* **Die Unabhängigen** haben am Dienstag nun doch noch ihre Wahlrechtsversammlung abhalten können, die ihnen kürzlich nach erst erfolgter Genehmigung in letzter Minute wieder verboten worden war. Damit ist der Beweis von ihnen selbst für die Richtigkeit unserer Behauptung in jener Polemik erbracht worden, die wir kürzlich gegen das Volksblatt wegen einer seiner üblichen Unterstellungen zu führen hatten: daß an dem Verbot nicht die unterschiedliche Behandlung von „Unabhängigen" und „Regierungssozialisten" durch die Behörden schuld sei, sondern allein der Umstand, daß jene erst genehmigte Versammlung in die Tage des letzten großen Streiks fiel. Im übrigen war diese zweite Versammlung recht schlecht besucht: Und so mußte der Versammlungsleiter schon die Ausrede bestür, „daß der Versammlungsbesuch hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei", gebrauchen, die Zeit für eine ausgiebige Werbetätigkeit wäre zu kurz gewesen. Dabei wollen doch die Unabhängigen die Massen hinter sich haben, die den Ruf zum Kommen auch nur zu hören brauchten, um — eben nicht zu kommen! Die Versammlung selbst bot nichts Bemerkenswertes. Der Unabhängige Vogtherr hielt das Referat, und in der Diskussion sprach nur der Redakteur Hennig.

* **Wald geschrien!** Der Konservative Verein für Halle und den Saalkreis hat am Dienstag eine Mitgliederversammlung abgehalten, in der vom Geschäftsführer Mertens der Geschäftsbericht für 1917 gegeben wurde. Dieser, der nach der Hallescher Zeitung „sorgfältig aufgebaut" sein soll, enthält u. a. auch folgende Klagelaute: „Die demokratischen Wellen schlagen bis an die Stufen des Thrones, das alte Preußen wankt in seinen Grundfesten und eine neue Zeit soll ein neues Preußen bringen. Wird das neue Preußen stark dastehen? Diese Frage ist es, die sich dem Patrioten immer wieder aufdrängt. Auf der einen Seite sucht man das Heil im Reichstagswahlrecht. Auf der andern Seite macht man das Prinzip der ständischen Vertretung geltend." Ja, die Herren Konservativen sind wirklich hös daran. Sie bangen tatsächlich sehr um das alte Preußen, aber nur, weil eine Aenderung den Thron gefährden oder Preußen nicht stark genug lassen könnte, — beileibe nicht um ihrer materiellen Interessen willen. Zum Schluß des Jahresberichtes mahnte der Geschäftsführer, treu an den konservativen Grundsätzen festzuhalten — und es auch nicht zu unterlassen, durch den Besuch der Sitzungen des Vereins neues Leben in eine gute Sache zu bringen. Merkst du was, lieber Leser. Nach Erstattung des Kassenberichts, der mit 4970.11 M. balanziert und bei 2008.09 M. Ausgaben einen Bestand von 2962.02 M. aufwies, wurde Entlastung erteilt. Mitgliederbeiträge sind das natürlich nicht.

* **Das Sonntagshuhn der Strafgefangenen.** Von der Strafkammer wird berichtet: Auf der Anklagebank saßen die aus der Strafhaft vorgeführten Albert Berger, Otto Grünberg und Willi Landgraf. Sie waren im Gefängnishofe mit Arbeiten beschäftigt und bemerkten, daß im Hofe des Gefängnisgeistlichen ein Huhn umherlief. Nach der Anklage hat nun B. das Huhn mit Absicht mit einem Stein getötet, während dieser angibt, daß er den Stein geworfen habe, um es zu verscheuchen. Das getötete Huhn wurde dann von dem in der Bäckerei des Gefängnisses beschäftigten Angeklagten L. zubereitet und mit zwei anderen Gefangenen verspeist, während ursprünglich die beiden ersten Angeklagten B. und G. an dem Mahle hätten teilnehmen sollen. Der Staatsanwalt beantragte gegen B. eine Zuchthausstrafe von einem Jahre (!) und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren, gegen G. und L. je sechs Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis gegen B., auf je drei Monate gegen G. und L.

* **Großer Seidenschwindel.** In einem hiesigen Geschäft erschien am Dienstag gegen 2 Uhr nachmittags ein Mann und verlangte Seide zu kaufen. Es ist ihm auch verschiedene Seide vorgelegt worden. Er gab an, für seine Frau ein seidenes Kleid machen lassen zu wollen, bat, die Seide, da er beurlaubt wäre und am nächsten Tage nach seiner Garnison Leipzig reisen müßte, sofort zuzuschicken, damit seine Frau eine Auswahl treffen könnte. Auf diese Vorstellung hin ist auch sofort eine Verkäuferin mit 4 Stücken verschiedenfarbiger Seide im Werte von 5000 M. nach dem von ihm angegebenen Hause geschickt worden. Vor diesem, dem Landwirtschaftskammergebäude, hat der Mann die Verkäuferin erwartet und sie aufgefordert, mit nach dem 1. Obergeschoß zu kommen. Dort hat er sich die Seide mit dem Bemerken, sie seiner Frau zeigen zu wollen, geben lassen. Er ist dann auf dem Flur weitergegangen und um eine Ecke verschwunden. Nachdem die Verkäuferin lange vergebens auf die Rückkehr des Mannes gewartet hatte, hat sie im Gebäude Erkundigungen nach ihm eingezogen und erfahren müssen, daß sie einem Betrüger in die Hände gefallen sei. Der Mann hat sich Dr. Hartwig genannt und wird wie folgt beschrieben: etwa 30 Jahre alt, 175 groß, unterseßt, kräftig, dunkelblondes Haar, blasses, rundes, glattrasiertes Gesicht, geradlinige Nase, aufrechter Gang und Haltung, trug Klemmer ohne Einfassung und war bekleidet mit dunkelblauer Hose, hellgrauem, schwarzkarierten Ueberzieher, grauem weichen Hut mit dunklem Band.

* **Fundgegenstände der Straßenbahn.** In der Zeit vom 1. bis 28. Februar sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der Städtischen Straßenbahn gefunden worden: 6 Regenschirme, 1 Portemonnaie, 2 einzelne Schlüssel und 1 Bund Schlüssel, 3 Paar Handschuhe, 1 Handtasche, 1 Stoffbeutel 1 Perltasche, 2 Muffen, Putzzeug, 1 kleines Täschchen mit Seifenkarten, Wäsche, 1 Geschäftsheft und 1 Ofenfür. Die Verwaltung der städt. Straßenbahn fordert die Eigentümer auf, ihre Ansprüche innerhalb einer Frist von 14 Tagen bei der Kassenstelle, Seebener Straße 62, geltend zu machen. Nach Ablauf von drei Monaten werden die Fundsachen bei der Altkleider-Verwertungsstelle, Leipziger Straße 17, abgeliefert.

* **Treibriemendiebstähle.** Aus der Maschinenfabrik von Heber u. Streblow in Büschdorf sind während der letzten Wochen nachts wiederholt durch Einbruch Treibriemen gestohlen worden von verschiedener Länge und 15 bis 6 cm breit. Für die Ermittlung der Diebe und die Wiedererlangung der Treibriemen hat der Geschäftsführer 200 Mark Belohnung ausgesetzt. Wer irgendwelche sachdienliche Wahrnehmungen gemacht hat, wird ersucht, diese der Kriminalpolizei Halle (Dreihauptstraße 4, Zimmer 38) mitzuteilen.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, wird das Lustspiel „Meine Frau, die Hoffschauspielerin" wiederholt, Freitag „König für einen Tag", Sonnabend nachmittag 3½ Uhr gelangt als Schülervorstellung bei kleinen Preisen Goethes Schauspiel „Die Geschwister", hierauf „Der zerbrochene Krug" mit Leopold Sachse als Dorfrichter Adam zur Aufführung. Am Sonnabend abend 8 Uhr findet das nächste „Sinfonie-Konzert" unter der Leitung von Professor Alfred Rahlves statt. Die Vortragsfolge bringt die Ouvertüre zu „Coriolan" von Beethoven, die 4. Sinfonie B-Dur von Beethoven, die Ouverture zur „Schönen Melusine" von Mendelssohn und die 4. Sinfonie A-Dur von Mendelssohn. Sonntag nachmittag „Der Trompeter von Säkkingen", Sonntag abend „Die toten Augen".

Vermischtes.

Wieder eine berühmte Bibliothek verbrannt? In Bagdad ist die berühmte orientalische, von Karmelitermönchen im Laufe der Zeit gesammelte Bibliothek ein Raub der Flammen geworden. Diese Bücherei enthielt mehr als 20 000 Bände über Mesopotamien, die meist in englischer und französischer, einige aber auch in italienischer und deutscher Sprache abgefaßt waren. Viele kostbare Seltenheiten sollen sich unter den verbrannten Büchern befunden haben. Der wichtigste Teil der Bücherei soll aber eine Sammlung von 2753 arabischen Handschriften gewesen sein, die aus dem 7. bis 11. Jahrhundert stammen und deren Autoren berühmte arabische Gelehrte waren. Diese Handschriftensammlung ist erst im vorigen Jahrhundert für ungeheure Summen angekauft worden — und jetzt wurde sie ein Opfer des kulturverwüstenden Weltkrieges.

Die Vorgeschichte Europas.

IX. Die germanische Völkerwanderung.

Vorträge von Dr. H. Hahne,

Direktor des Provinzialmuseums zu Halle.

Seit über der Vorzeit Mittel-Nordeuropas nicht mehr das Grau lagert, welches aus Mangel an Tatsachen-Kenntnis und daraus entspringenden wirren Vorstellungen geweckt war, zumal seit die vorgeschichtliche Archäologie die Führerschaft in der Aufhellung der vorgeschichtlichen Jahrtausende übernommen hatte, erscheint die germanische Völkerwanderung nicht mehr als einzigartiges Ereignis, ausgegangen von willkürlichen Entschlüssen und verlaufen in sinnlosen Bahnen. Seit Nordeuropa in der Nacheiszeit besiedelt ist, besonders seit um die Ost- und Nordsee herum ein Brennpunkt für die europäische Völker- und Kulturentwicklung entstanden war, sind immer wieder Völker- und Kulturwellen von hier ausgegangen. Zunächst ein Ersiarken und Ueberdie-Grenz-quellen gewisser Volksgruppen, daraus folgend Benachbarung und Zusammenstoß mit anderen Kreisen, zum Schluß ein Ueberschichten dieser Kreise mit anderen Kreisen, und zum Schluß ein Ueberschichten dieser Kreise mit einer nordischen Kultur und mehr oder weniger plötzliche gewaltsame Auswanderungen dieser Mischkulturen und damit zusammenhängender heimischer Gruppen. So war es bei der späteiszeitlichen Ausbreitung des Ostseekreises und der Bandkeramik. — Als Folgen der Auswanderungen an der Wende der Stein- und Metallzeit ist die Indogermanisierung Europas und Westasiens anzusehen. Während der Bronzezeit beginnt der germanische Kreis zu ersiarken, sich zu erweitern und die Nachbarschaft zu kolonisieren; etwa gleichzeitig auch der keltische Kreis. Die fernen Neubildungen indogermanischer Volks- und Stammesgruppen erblühen unterdessen zu weltgeschichtlicher Bedeutung, zuletzt in Griechenland und Rom. Das Auftreten und Wandern der Kelten ist wie ein eindrucksvoller Zwischenakt und die Ausbreitung und das Wandern der Germanen wie der letzte mächtige vorläufige Schlußakt des Dramas der Auswirkung nordeuropäischer Menschheit.

Die treibenden Kräfte sind von jeher vor allem die mächtige unerschöpfliche Vermehrung, die wie eine dauernd zur Entladung drängende Naturgewalt wirkende großartige Nachwuchsfähigkeit. In der geschichtlichen Zeit, zumal in der Gegenwart, ist der heimischen Scholle eine ungeheuer gesteigerte Fähigkeit, ihre Bewohner zu ernähren, abgerungen worden und der Weltverkehr ermöglicht diese Entwicklung; — wir erleben es aber wie ein Urgewalt in der Gegenwart, daß es hier Grenzen gibt und daß dann die alten Wege wieder in ihr Recht treten, die naturnotwendige Ausbreitung des stärkeren mächtigeren, wenn diese Stärke und Macht auf natürlichen Dingen beruht, von denen keine ausdenkbare „Kultur" die Menschheit befreien kann.

Es sind wissenschaftliche Verlegenheitsmärchen, oft auch nachweislich böswillige Aufstellungen (besonders in der französischen Literatur nachweisbar), die als Gründe der Völkerwanderung Kriegs- und Raubzüge germanischer Häuptlinge und ihres „Militarismus" und „Annexionismus" finden wollen. Immer wird derartiges gelegentliche Begleiterscheinung bei den großen Vorgängen innerhalb der Menschheit sein können; im Ernste wird aber niemand annehmen wollen, daß, wie es das gewöhnliche in der germanischen Völkerwanderungen und den vorhergehenden Erscheinungen war, große Bruchteile seßhafter Stämme mit Weib, Kind, Knechten und Viehherden und aller beweglichen Habe hinausziehen mit den immer wiederkehrenden Rut und der oft um hohen Einsatz von Blut und Besitz gestillten Sehnsucht nach ruhigen ausreichenden Wohnsitzen („quieta patria"). — Wo mindere Bevölkerungsdichte, Kraftlosigkeit oder sonstige Untersegenheit der andern es ermöglicht, sich festzusetzen, hört das Ausbreiten und Wandern sofort auf. Wo Uebermacht oder Ungunst der Natur zu beseiglichem Hindernis werden, wird es fortgesetzt, zumal wenn mächtigeres Nachdrängen von außen (Hunnen!) hinzukommt.

Geschichtlich in die Erscheinung tritt germanisches „Wandern", zuerst in den Zügen der Cimbern und Teutonen, dem Andrängen der Rheingermanen, der Sueben und der Markomannen. Bei diesem sogenannten Vorstoß in der Mitte des 2. Jahrhundert n. Chr. spielt schon hinein das Drängen seitens der vom skandinavischen Norden in vorchristlichen Zeit ausgegangenen, über das Weichselgebiet bis zum Schwarzen Meer ausgedehnten gotischen Völker, mit deren massiger Wanderung nach Westen gewöhnlich der Anfang der eigentlichen Völkerwanderung bezeichnet wird. Aber auch diese ostwestliche Gotenbewegung beginnt schon 100 Jahre vor der Hunnennot und gleichzeitig mit den ersten größeren westgermanischen Streifzügen bis Italien! (Alamannen). Am Ende des 4. Jahrhunderts steigt das Drama zur Höhe an bis zur Germanisierung Westroms. Der Gipfel ist erreicht als Theoderich um 500 in Rom kaiserliche Ehren empfängt. Mit dem Beginn der Langobardenherrschaft in Italien hebt das Ende an und es ist ein gelehrter Streit, ob man die Völkerwanderung damit schließen lassen will oder nicht vielmehr erst in der Zeit der Wikinger- und Normannenzüge und Wanderungen und der Gründung des Frankenreiches oder dem Beginn der deutschen Geschichte.

Zur Zeit von Tacitus im ersten Jahrhundert n. Chr. ist Germanien von dem Nordmeer, dem Rhein, der Donau und der Weichsel begrenzt. Die Oder teilt es in Ost- und Westgermanengebiet. Skandinavien ist die Heimat der Nordgermanen. Diese drei Hauptgruppen sind wie durch die Sprache so auch durch die Kultur unterschiedbar.

Nur archäologisch können wir den Beginn der Wanderung der Nordgermanen erfassen und die Anfänge der historischen Verschiebungen der übrigen Gruppen, sowie die kulturellen Zusammenhänge und Unterschiede, die durch die ganze Völkerwanderungszeit hindurch als Führer dienen können, wo historische Angaben nur dunkel und unzuverlässig sind.

Ein sehr schönes Beispiel ist die Zurückverfolgung der ersten Goten vom Schwarzen Meer zur Weichsel und nach Skandinavien und die Erkenntnis der Folge der Gotenausbreitung nach Südosten, nämlich eines Kulturstromes, der zwischen 250 und 350 n. Chr. von Südosten nach Norden verläuft und ganz bestimmte Formen an Schmuckscheiben, besonders Gewandhaften mit sich bringt, sowie kennzeichnende Waffen (verzierte Lanzenspitzen) und endlich die Runenschrift als Erfindung der Goten am Schwarzen Meer. Seit der Entleerung Ostgermaniens und noch dem Einbruch der Hunnen beginnt eine neue südost-nördliche Kulturwelle rückläufig auf den Wanderwegen der unterdessen in Bewegung geratenen Westgermanen und vielfach gleichzeitend denen der nach Westen drängenden Gotengruppe. Diese zweite Kulturwelle erreicht ebenfalls den hohen Norden, aber über die Elbegebiete und bringt wiederum ganz bestimmte Geräte und Schmuckformen u. a. m. aus dem ost- und südgermanischen Gebiet. Im 5. Jahrhundert endlich ist ein Kulturstrom vom Norden über Hannover bis nach Süden verfolgbar, der nun Ausläufer des mittlerweile im Norden verarbeiteten neuen germanischen Kulturgutes mit sich führt, so die jüngeren Runen. Er hat seine geschichtliche Erklärung in den vielformigen Verbindungen dieser Zeit zwischen den Stämmen des Nordens, Westens und Südens. Das 5., 6. und 7. Jahrhundert bringt die außerordentlich wichtige und schöne Erscheinung der allgemeingermanischen Tierornamentik, deren landschaftlich verschiedene Erscheinungen vom höchsten Norden bis zum fernsten Südwesten, Süden und Südosten vorliegen (Gegenstand des nächsten Vortrages).

Aus Gräbern und Zufallsfunden sind die Königsschätze, reiche Fürsten- und Fürstinnengräber, Kriegerbestattungen und unverkennbaren Einzelerscheinungen der Völkerwanderungszeit in großen Mengen überall aus der Erde gehoben. Die Gold- und Edelsteinliebe der gotischen Gruppe zeigt sich an Gewand- und Waffenschmuck und Kirchengerät; die ritterliche Waffenmacht in eine Fülle von Schwert-, Speer-, Messer- und Schutzwaffenformen. In Moor- und Wasserfunden liegen auch mannigfaltige und schöne Beispiele der künstlerischen Verwendung des Holzes bei den Germanen vor; auch ganze Schiffe sind gefunden und ergänzen die Sagen und historischen Ueberlieferungen der germanischen Leistungen zur See.

Vielfältige Hinweise auf das Geistesleben, die Religion und soziale Zustände sind aus den archäologischen Funden der Völkerwanderung zu gewinnen und die ersten schriftlichen Ueberlieferungen und Sprachreste erscheinen in den Runeninschriften auf Schmucksachen, Waffen und Grabsteinen.

Geschichtliche Erkenntnisse, die für die Beurteilung der folgenden Jahrhunderte von größter Bedeutung sind und grundlegend für die Erkenntnis mancher Naturnotwendigkeiten im gegenwärtigen und künftigen Dasein der aus germanischen Wurzeln stammenden Völker sind bereits aus der heute möglichen tieferen Würdigung der Erscheinungen der Völkerwanderungszeit zu gewinnen, die an sich nur Folgeerscheinung uralter nordeuropäischer Menschengeschichte sind. Die natürliche Bedeutung der heimatlichen Scholle, die guten und schlimmen Einflüsse städtischer Kultur, die dem Norden bis zum Mittelalter fremd war, ebenso die des weitgreifenden Handels und Wandels, die Gründe und Bedeutungen des germanischen Rechtsbewußtseins um seine tiefgehende Verschiedenheit von dem anderer Menschengruppen, die unausgleichbaren Gefahren starker fremder Durchmischung, die unmöglichkeit, Fremdes auf dem weiten Gebiet der geistlichen Kultur, und wenn es sich noch so verführerisch erscheint — anzunehmen ohne stärkste Verarbeitung im Sinne eigener naturnotwendiger Weltauffassung auch die Entstehung kräftiger sozialer Zusammenschließung, bei der immer das uralte Freiheitsbewußtsein des einzelnen Grundlage bleibt, um desto stärkere Grundlage für Einrichtungen zu bieten, die das Wohl des Ganzen als der erweiterten Familie bedingen. Das nationale Königtum, aus uralten indogermanisch-germanischen Anfängen ableitbar, gewinnt in der Völkerwanderungszeit seine starke Form als stärkster Ausdruck völkischer Geschlossenheit und Entschlossenheit zur Wahrung der eigenen Daseinsnotwendigkeiten eines Volkes. Die Waffenfähigkeit erweist sich als uraltes natürlichstes Mittel zur Völkermacht, und Ackerbau und Viehzucht als die natürlichsten Grundlagen des Völkerdaseins, — unbeschadet aller neuen Erkenntnisse und Erwerbungen, die zur Steigerung des Glückes des einzelnen und des völkisch geschlossenen Ganzen dienen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180307-18/fragment/page=0006